



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



Entwicklung und Chancen
junger Menschen
in sozialen Brennpunkten

Entwicklung – Chancen – Prävention

**Kooperative Jugendhilfe in Sozialen
Brennpunkten zur Verhinderung von
Kriminalität und Gewalt**

Dokumentation zur vierten
Regionalkonferenz Süd/Süd-West
vom 15. November 2002

Impressum

Herausgeber:
Regiestelle E&C der Stiftung SPI
Sozialpädagogisches Institut Berlin
„Walter May“
Nazarethkirchstraße 51
13347 Berlin
Telefon: 030.45 79 86 –0
Fax: 030.45 79 86 –50
Internet: www.eundc.de

Ansprechpartner für die E&C-Standorte
Süd/Süd-West:
Andreas Hemme

Ansprechpartner für die
Regionalkonferenzen Süd/Süd-West:
Landesarbeitsgemeinschaft
Soziale Brennpunkte Hessen e.V.
Moselstraße 25
60329 Frankfurt/Main
Telefon: 069/257828 –0
E-Mail: LAGSB@aol.com

Redaktion:
Stefan Böhm-Ott,
Jochen Partsch,
Reinhard Thies,
Gisela Zwigart-Hayer,
Thomas Witzel

Inhalt:

- 4 Gisela Zwigart-Hayer, Reinhard Thies,
Jochen Partsch, Stefan Böhm-Ott
Zum Geleit
- 5 Andreas Hemme
**Grußwort und Bericht aus der
Regiestelle SPI**
- 6 Volker Weyel
**Lokale Präventionskonzepte und Netz-
werke am Beispiel der Wissenschafts-
stadt Darmstadt**
- 12 Dr. Hanna Permien
**Der Umgang von Familien mit Kinder-
und Jugenddelinquenz – Welche Unter-
stützung brauchen sie von der Jugend-
hilfe?**
- 20 Jugendkunstschule Karlsruhe
Modellprojekt „Bitte wenden!“
- 22 Reinhold Buhr
**Beispiel Karlsruhe: Der Verein für
Jugendhilfe**
- 23 Manfred Dorfner
**Das Haus des Jugendrechts in Stuttgart,
Bad Cannstadt – stadtteilerorientierte
Kooperation von Jugendamt, Polizei und
Amtsgericht**
- 26 Stefan Böhm-Ott
Bericht aus dem Workshop
- 27 Dirk Sold
**SPACE. Flächenbörse für Graffiti – ein
Projekt des Vereins Saargebeat e.V.**
- 31 Gisela Zwigart-Hayer
Bericht aus dem Workshop
- 32 Thomas Witzel
Bericht aus dem Workshop
- 33 Anhang
Liste der Teilnehmer/innen
- Anhang
Das Tagungsprogramm

**Gisela Zwigart-Hayer, Reinhard Thies,
Jochen Partsch, Stefan Böhm-Ott**
**LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V.,
Frankfurt**

Zum Geleit

Die vierte Regionalkonferenz für den Teilraum Süd/Süd-West im Rahmen des Programms Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten (E&C) fand am 15.11.2002 in Karlsruhe/Oberreuth statt. Wie die vorhergehenden Konferenzen, war auch diese bewusst in einem benachteiligten Stadtquartier angesiedelt. Neben den üblichen Veranstaltern, der Stiftung SPI Berlin und der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V. (LAG), konnte für diese Regionalkonferenz die Sozial- und Jugendbehörde der Stadt Karlsruhe gewonnen werden. Eine Überlegung, die von den Veranstalter/innen wie Teilnehmer/innen als produktiv empfunden wurde. Durch die Beteiligung der Stadt Karlsruhe konnten zahlreiche Projekte aus Karlsruhe zur Mitarbeit gewonnen werden und die Konferenz war in eine vorzügliche Infrastruktur vor Ort eingebunden.

Ein herzlicher Dank der Veranstalter gilt auch der Badenia Bausparkasse, in deren Räumlichkeiten die Konferenz stattfand und die die Bewirtung der Konferenz übernahm.

Inhaltlicher Gegenstand der Regionalkonferenz mit 80 Teilnehmer/innen war das Thema „Prävention und Jugendhilfe“. Als Fazit der Konferenz, auf der das Thema aus vielfältiger Perspektive beleuchtet wurde, lässt sich ziehen, dass ein Erfahrungsaustausch und eine Entwicklung des Themas als sehr dringlich beurteilt werden. Dies betrifft alle der bearbeiteten Themenbereiche, angefangen vom klassischen Bereich der Jugendgerichtshilfe bis hin zur Entwicklung von Konzepten zum Umgang mit neuen Szenen, wie etwa Sprayern und Hip-Hoppern.

Der Vormittag war geprägt durch inhaltliche Grußworte, die unten in einer Übersicht dargestellt werden, und thematisch vertiefenden Referaten, die sich der Programmplattform E&C, dem Fallbeispiel Prävention in Darmstadt und den Erkenntnissen des Deutschen Jugendinstituts München zum Thema Prävention und Jugendhilfe widmeten. Nachmittags verteilte sich die Konferenz in drei Workshops, deren Inhalte ebenfalls in der Dokumentation enthalten sind.

Herr Hans-Eckhard Röher, Pressesprecher der Badenia AG, wies in seinem Gruß-

wort auf die Relevanz der Bausparkassen zur angemessenen Wohnungsversorgung hin. Anknüpfungspunkte zu den Programmen E&C und Soziale Stadt wurden verdeutlicht. So machte Herr Röher deutlich, dass die Verknüpfung von Wohneigentumsförderung und Aufwertung benachteiligter Stadtquartiere in unzureichendem Maße stattfindet. Ferner wies er auf Forschungs- und Modellförderungen der Badenia AG hin, so förderte sie beispielsweise einen Modellwettbewerb „Spielen am Haus“. Weiter initiierte die AG Baden-Württembergische Bausparkassen einen Wettbewerb „Gelungene Siedlungen – lebendige Wohnquartiere – gelebte Nachbarschaft“ und veranstaltete einen Städtebaukongress mit 700 Teilnehmer/innen.

Herr Bürgermeister Harald Denecken, in Karlsruhe zuständig für Jugend, Soziales, Frauen und Migranten, ging in seinem Grußwort sehr eindringlich auf die Geschichte des Quartiers Oberreuth ein. Es handelt sich um ein typisches Nachkriegsquartier am Stadtrand, das in Schlichtbauweise errichtet wurde, um die Karlsruher Altstadt zu entlasten. Entsprechend wurden 1.000 Wohneinheiten im sozialen Wohnungsbau errichtet. Im Rückblick finden sich die typischen Mängel des Nachkriegsstädtebaus, die in Schlichtbauweise, Randlage zur Stadt, fehlender Infrastruktur und Nicht-Wahrnehmung durch die Kernstadt bestehen. Erst in den siebziger Jahren wurde mit Teilsanierungen im Rahmen des Obdachlosenrahmenprogramms begonnen. Im Zuge dieser Entwicklungen wurden in Karlsruhe eine kommunale Sozialberichterstattung und ein kommunales Sanierungsprogramm etabliert. Oberreuth ist noch kein Standort der Sozialen Stadt, ist aber im Beantragungsverfahren.

Herr Steindorfner vom baden-württembergischen Justizministerium skizzierte in seinem Grußwort das Landesprogramm zur Betreuung jugendlicher Intensivtäter, das unter dem Titel „Projekt Chance“ durch das Justizministerium betreut wird. Weitere Programmbestandteile sind das „Haus des Jugendstrafrechts“ in Bad Cannstatt sowie der Aufbau von Vernetzungsstrukturen zwischen Justiz und Jugendhilfe.

**Andreas Hemme, Regiestelle E&C,
Stiftung SPI, Berlin**

Grußwort und Bericht aus der Regiestelle

Sehr geehrte Damen und Herren,
ich möchte Sie herzlich begrüßen und mich
auch bei der Badenia AG bedanken.

Dies ist auch ein Novum im E&C-Prozess
und bezogen auf die Vielzahl von Veranstal-
tungen, die in den letzten zwei Jahren von
uns und den beauftragten Institutionen
durchgeführt wurden. Erstmals findet die
angestrebte Vernetzung mit Unternehmen,
die in der E&C-Praxis vor Ort schon sehr
häufig vorkommt, auch bei der Veranstal-
tungskonzeption statt.

Sowohl Hartmut Brocke, den Direktor der
Stiftung SPI als auch Peter Kupferschmid
vom BMFSFJ muss ich leider entschuldigen.
Beide Herren, die gerne heute hier teilge-
nommen hätten, mussten kurzfristig absa-
gen, wünschen Ihnen jedoch einen erfolg-
reichen Konferenzablauf.

Ich kann mich noch gut an die erste Kon-
ferenz der Region Süd-West erinnern, auf
der wir mit Fragen konfrontiert wurden, die
sich nicht selten auf die Sinnhaftigkeit des
E&C-Programms bezogen.

Aussagen, wie :

„E&C – kein Förderprogramm? Was bringt
uns das?“ oder:

„Sozialraumorientierte Jugendhilfe, Soziale
Arbeit als Koproduktion – Beschreiben diese
Worte nicht etwas, was wir bereits seit lan-
gem tun?“ waren nicht selten zu hören.

Wir sehen mittlerweile deutliche Verände-
rungen. Am 20. September dieses Jahres
fand ein Multiplikatorentreffen in Frankfurt
statt mit Vertreter/innen der fünf Bundeslän-
dern der Region Süd / Süd-West. Wir konn-
ten dort mit Freude hören, dass sowohl
E&C-Ansprechpartner/innen der Jugendäm-
ter, Quartiersmanager/innen, sowie Vertre-
ter/innen von Einrichtungen der Jugendhilfe
mitteilten, dass E&C wirkt, dass Ideen, Kon-
zepte zunehmend durchsetzbar sind.

Dies hat aus unserer Sicht u.a. zwei wichti-
ge Gründe:

Die Programmphilosophie E&C kommt zu-
nehmend an. Aus den zu Beginn von E&C
existierenden 80 Soziale Stadt-/E&C-
Standorten sind inzwischen 300 geworden.

Die Anzahl der Bausteine der Programm-
plattform E&C werden mehr. Sie enthalten
z.T. Fördermöglichkeiten und es ist davon
auszugehen, dass dieser Prozess sich fort-
setzt.

Unter dem Dach von E&C sind mittlerweile
folgende Programme vereint:

- Freiwilliges Soziales Trainingsjahr
(FSTJ)
- Netzwerke und Soziales Ehrenamt –
strukturschwache ländliche Regionen
- Interkulturelles Netzwerk der Jugendso-
zialarbeit im Sozialraum
- Wettbewerb Fit für Leben und Arbeit –
Neue Praxismodelle zur beruflichen und
sozialen Integration von Jugendlichen
- Lokale Aktionspläne für Toleranz und
Demokratie
- KuQ – Kompetenz und Qualifikation für
junge Menschen in sozialen Brennpunk-
ten

Es ist davon auszugehen, dass auch in
Zukunft weitere Programmbausteine dazu-
kommen werden. So werden auch in dem
Programm LOS – Lokales Kapital für soziale
Zwecke ab 2003 Mittel für die Gebiete der
Sozialen Stadt / E&C-Gebiete zur Verfügung
gestellt.

Wie Sie unserer Website www.eundc.de
entnehmen können, haben wir im Jahre
2002 eine Vielzahl von unterschiedlichen
Themen auf unseren Konferenzen und
Fachforen aufgegriffen. „Gewalt und Krimi-
nalität in sozialen Brennpunkten“ wird erst-
malig mit dieser Regionalkonferenz durch
die LAG Soziale Brennpunkte Hessen the-
matisiert. Ich möchte mich bei den Kolle-
gen/innen der LAG ganz herzlich bedanken
für ein Programm, das sehr anspruchsvoll
und ausgewogen dieses schwierige Thema
aufgreift. In diesem Zusammenhang möchte
ich mich auch bei den beiden Karlsruher
Kollegen Herrn Stieglbauer und Herrn Lenz
bedanken, die sowohl in Karlsruhe die Mög-
lichkeiten für einen Veranstaltungsort aus-
gelotet als auch bei der inhaltlichen Gestalt-
ung dieser Konferenz mitgewirkt haben.

Ich selbst bin am Programm und an der
Diskussion während dieser Konferenz auch
deshalb sehr interessiert, weil ich vor nicht
allzu langer Zeit in einem Projekt gearbeitet
habe, das die Aufgabe hatte und auch heute
noch hat, strafenmündigen Mehrfach- und
Intensivtätern durch ambulante Hilfestellun-
gen Alternativen zu ihren vielen Straftaten
anzubieten. Das war und ist ein spannendes
Projekt, das viel mit Experimentieren und
auch Aushalten zu tun hatte.

Spannung erwarte ich auch hier, aushal-
ten werden wir es bei diesem Programm, so
denke ich, ganz sicher.

Volker Weyel
Beauftragter für Suchtprävention,
Darmstadt

Lokale Präventionskonzepte und Netzwerke am Beispiel der Wissenschaftsstadt Darmstadt

Wer nicht vom Weg abkommt bleibt auf der Strecke

Die Stadt Darmstadt wurde im Juni 2002 in Berlin für ihre bundesweit „vorbildlichen Strategien kommunaler Suchtprävention“ ausgezeichnet.

In der Begründung zur Prämierung wird der Aspekt langfristig angelegter Vernetzung vor Ort sowie der ganzheitliche Ansatz der Präventionsstrategien besonders hervorgehoben.

Den aktuellen Standards und wissenschaftlichen Grundlagen folgend ist Prävention dann wirksam, wenn sie ...

... langfristig und als Gemeinschaftsaufgabe angelegt ist

... bereits im Kindesalter, v.a. in der Familie und beim Erziehungsstil der Eltern, ansetzt

... als frühzeitige Immunisierung in Kindergarten und Schule durchgeführt wird

... im Jugendalter auf die Gestaltung des Peer-Gruppen-Einflusses (innerhalb und außerhalb der Schule) als präventiven Faktor abzielt

... im Rahmen integrierter Gemeindeprogramme koordiniert und dauerhaft angelegt wird

... auf die Stärkung protektiver Faktoren statt auf Vermeidung von Risikofaktoren abzielt

... die Förderung der Lebenskompetenzen in den Vordergrund stellt

... auf die Förderung funktionaler Äquivalente zum Problemverhalten ausgerichtet ist

... strukturelle Veränderungen bewirkt

... die Arbeit mit Multiplikator/innen als Hauptzielgruppe der Arbeit sieht.

Grundverständnis suchtpreventiver Arbeit

Grundlage von Suchtprävention als Teil von Gesundheitsförderung ist ein ganzheitliches und positives Verständnis von Gesundheit. Diese wird von der Weltgesundheitsorganisation als individuell erlebtes physisches, psychisches und soziales

Wohlbefinden umschrieben. Zugleich werden die gesellschaftlichen und Umweltbedingungen dieses Befindens eingeschlossen.

Gesundheitsförderung hat deshalb sowohl eine Beeinflussung individuellen Handelns (als Verhaltensprävention) als auch der Lebens- und Umweltbedingungen (als Verhältnisprävention) im Blick.

Bei den Strukturen und Inhalten der Suchtprävention kann es nicht nur darum gehen, Einzelpersonen zu gesundheitsbewusstem Verhalten zu motivieren. Vielmehr sind die Bedingungen zu fördern, die Körper, Geist und Seele gesund halten und die kreatives anstelle von konsumierendem Verhalten zum Ziel haben.

Suchtprävention muss frühzeitig ansetzen; sie ist umfassend und ganzheitlich orientiert. Suchtprävention stellt nicht den Stoff, die Droge, in den Mittelpunkt, sondern den Menschen, seine Lebensgeschichte und mögliche Ursachen für süchtiges Verhalten.

Eine umfassende Sichtweise, die psychosoziale Belastungen und Gefährdungen insbesondere von Kindern und Jugendlichen in ihren Lebenszusammenhängen berücksichtigt, macht deutlich, dass Suchtprävention eine langfristige Aufgabe ist, die Kontinuität erfordert: Suchtprävention ist alltägliche Beziehungsarbeit in den verschiedensten Lebensfeldern. Suchtprävention ist somit eine Gemeinschaftsaufgabe.

In diesem Zusammenhang lässt sich Suchtprävention als Teil der Gesundheitsförderung von nachfolgend formulierten Intentionen auf individueller und struktureller Ebene leiten.

Individuelle Ebene

Folgende Themenkomplexe stehen im Mittelpunkt suchtpreventiver Arbeit:

Förderung von

- Selbständigkeit und Selbstverantwortung
- Selbstwertgefühl und Selbstvertrauen
- Konfliktfähigkeit
- Kontakt- und Beziehungsfähigkeit
- Frustrationstoleranz
- emotionaler Erlebniszfähigkeit
- Genussfähigkeit

Strukturelle Ebene

Die Umsetzung der auf der individuellen Ebene formulierten Zielvorstellungen erfor-

dert ein gesellschaftliches Klima, das deren Realisierung begünstigt.

Es ist davon auszugehen, dass in jeder Lebensphase eines Menschen Situationen eintreten können, die für den Einzelnen nicht oder nur sehr schwer zu bewältigen sind. Hier können soziale Netzwerke sowie ein gesundheitsförderndes Gemeinwesen Unterstützung bieten.

Dies bedeutet auch, in politischen Gremien Einfluss zu nehmen und damit zur Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen beizutragen. Als Beispiele seien die Bereiche Gesundheits-, Umwelt-, Jugend-, Wohn- und Verkehrspolitik genannt.

Individuelle und strukturelle Zielvorstellungen stehen in Wechselwirkung zueinander. Einerseits bestimmen die gesellschaftlichen Voraussetzungen die Persönlichkeitsentwicklung des Menschen mit. Andererseits ist der jeweilige Entwicklungsstand des Einzelnen mitentscheidend dafür, inwieweit der Mensch sich aktiv an der Gestaltung seiner eigenen Lebenswelt beteiligen kann.

Je günstiger die Entwicklungsbedingungen sowohl individuell als auch gesamtgesellschaftlich beschaffen sind, desto wahrscheinlicher wird es dem Menschen gelingen, zu einer konstruktiven Lebensweise zu finden.

Netzwerke kommunaler Prävention in Darmstadt

Der kommunale Präventionsrat Darmstadt (KPRD)

- Der KPRD versteht sich als Initiator und unterstützendes Gremium
- Der KPRD entwickelt Präventionskonzepte und Leitlinien
- Der KPRD definiert Prävention als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe
- Der KPRD ist eine Initiative zur Koordination präventiver Strategien
- Der KPRD fördert die multidisziplinäre Zusammenarbeit zum Thema Prävention

Ziele

- Förderung von Präventionsstrukturen vor Ort
- Vernetzung verschiedener Institutionen in Darmstadt
- Integration der Prävention in die kommunale Gesamtverantwortung

- Sensibilisierung der Öffentlichkeit und der Kommune für die Bedeutung der Prävention
- Koordination und Unterstützung präventiver Aktivitäten

Angebote

Das Management des Kommunalen Präventionsrates Darmstadt

- unterstützt ...
- koordiniert ... eigenständige Arbeitsgruppen und Projekte mit präventiven Schwerpunkten in Darmstadt,
- kommentiert ...
- transportiert ... deren Ziele und Inhalte und
- organisiert jährlich eine Präventionskonferenz für alle an Kooperation interessierten Projekte

Dokumentationen

Folgende Materialien können über die KPRD Geschäftsstelle bezogen werden:

- Konzeptionelle Grundlagen (KPRD)
- Kurzer chronologischer Abriss der Arbeit des KPRD von 1992 bis 2001
- Drogenpolitik für Darmstadt
- Legale Drogen und Sucht – Auswertung einer Umfrage
- Dokumentation der Präventionskonferenz 1997 „Drogenpolitik zwischen Abstinenz und Akzeptanz“
- Dokumentation der Präventionskonferenz 1998 „Zwischen Wegschauen und Wegschließen“. Zum Umgang mit Kinder- und Jugendkriminalität im Spiegel der Gesellschaft
- Dokumentation der Präventionskonferenz 1999 „Prävention und Sport zwischen Stillstand und Bewegung“
- Dokumentation der Präventionskonferenz 2000 „Gewalt und Zivilcourage zwischen wegschauen und draufhauen“
- Dokumentation der Präventionskonferenz 2001 „Gewaltfrei erziehen - Kinder sind unschlagbar“
- Dokumentation der Landespräventionsratstagung zum 10jährigen Bestehen des KPRD in Darmstadt
- Dokumentation der Präventionskonferenz 2002 "Innere Sicherheit zwischen Rasterfahndung und kommunaler Prävention"
- Darmstädter Suchthilfeführer

KPRD-Geschäftsstelle
Frankfurter Straße 71
64293 Darmstadt
FON 0 61 51-13 34 80
FAX 0 61 51-13 34 74
E-MAIL sozver@stadt.darmstadt.de

Arbeitsgemeinschaft K.O.B.R.A.

1994

Streetball Turnier
Stadtteilturniere

1995

Konzeptentwicklung
Logo
Sponsorenkonzept

1996

A-Day
Tunnelrave

1997

Basket Fun Nights
Arheiligen
Innenstadt
Eberstadt

1998

Tunnelrave
Basket Fun Nights
Soccer Nights

1999

B-Day
Basket Fun Nights
Soccer Nights

2000

City-Roll
Basket Fun Nights
Soccer Nights

2001

C-Day
Sports Fun Nights
Soccer Nights

2002

Soccer Nights
Mega Night
Kampagne Anstoss

2003

Anstoss
Soccer Nights
Blues für die Prävention
Weststadt Open

Organisation – Arrangement – Komposition

K.O.B.R.A. ist eine Arbeitsgemeinschaft von unterschiedlichen Trägern der Jugendhilfe in Darmstadt und arbeitet institutionsübergreifend.

Dieser Verbund nutzt die verschiedenen Arbeitsfelder der Mitglieder, um sich konzeptionell zu ergänzen und die Ressourcen der einzelnen Kooperationspartner/innen besser zu nutzen.

K.O.B.R.A. berät, plant, organisiert und koordiniert sich monatlich als Plenum.

Diese Organisationsform beinhaltet und erfordert ein fachspezifisch eigenständig profiliertes Agieren der einzelnen Kooperationspartner/innen, um eine effektive Vernetzung der Qualifikationen zu erreichen.

Durch diese Arbeitsweise nutzt K.O.B.R.A. die Kompetenzen der einzelnen Mitglieder und verstärkt gleichzeitig das Profil der Kooperationspartner.

Jugendarbeit in Verbänden, Kirche und Sport, offene Jugendarbeit in Einrichtungen kommunaler und freier Träger, Gremienarbeit und Kooperation mit kommunal- und kulturpolitischen Entscheidungsträgern kann aufeinander bezogen und abgestimmt werden.

K.O.B.R.A. ist somit fachlich kompetenter Partner der Jugendlichen und der verantwortlichen Gremien.

Ziele – Visionen – Realität

Im Rahmen der Entwicklung und Fortschreibung präventiver Konzepte, in der die Mitglieder von K.O.B.R.A. die Möglichkeiten der praktischen Umsetzung exemplarischer Jugendförderung ausschöpfen, ist der Verbund, wie auch die einzelnen Mitglieder, sichtbar.

K.O.B.R.A. stellt die Förderung der Lebenskompetenzen Jugendlicher in den Vordergrund und muss daher die Räume bereitstellen, welche Jugendliche für wichtige Lebenserfahrungen brauchen und es ihnen ermöglichen, sich positiv zu erleben und darzustellen.

K.O.B.R.A. bemüht sich um die Integration jugendspezifischer Themen in andere Arbeitsfelder und versucht kommunale Entscheidungsträger für die Belange Jugendlicher zu sensibilisieren und in die Entwicklung und Umsetzung von Projekten mit einzubeziehen.

Die Gewinnung von Sponsoren und Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Ziele präventiver Jugendförderung erfordert weiterhin überproportionale, fachfremde und mit

dem gemeinen Dilettantismus einher gehende Versuche sich für die Transplantation von Jugendprojekten fachlich nicht zu prostituieren und so auch nicht der Vergewaltigung durch Verkäufer irdischen Mammons anheimzufallen.

Arbeitsweisen – Inhalte – Potential

K.O.B.R.A. entwickelt Jugendprojekte, führt sie durch und stellt ihre Erfahrung zur Verfügung.

- Durch die Dokumentation exemplarischer Projekte werden die Bedingungen und Kriterien für die Durchführung jugendfördernder Maßnahmen zur Verfügung gestellt.
- Koordination und Festigung der Konzepte in der alltäglichen Jugendarbeit sind Voraussetzung für deren präventive Wirkung.
- Zeitgemäße Jugendarbeit nutzt Jugendkultur und jugendliche Lebensformen als Medium und schafft Akzeptanz durch die Präsentation der Projektideen und deren Konsequenzen in Gremien politischer Entscheidungsträger und in der Öffentlichkeit.
- In der Gestaltung von Werbeträgern mit und durch jugendspezifische Themen fördert und dokumentiert K.O.B.R.A. den Willen Jugendlicher, sich positiv darzustellen und als die Generation künftiger Entscheidungsträger zu profilieren.

Philosophie – Leitlinien – Selbstverständnis

Jugendarbeit ist gesellschaftliche Nachwuchsarbeit und somit gesamtgesellschaftlich zu fördern (d.h. Jugendarbeit ist Förderung der gesamten Gesellschaft). Nicht Jugendliche haben sich verändert, sondern das Umfeld in dem sie leben bringt neue Formen kulturellen Ausdrucks hervor und verlangt veränderte Strategien der Lebensbewältigung.

Wer Spielerpersönlichkeiten auf dem Platz fordert, muss den Nachwuchs fördern, sonst stirbt das Spiel. K.O.B.R.A. verdeutlicht dies durch die Dokumentation der Konsequenzen von Aktionen im Verbund oder der Arbeit der einzelnen Partner/innen in deren Bezugsfeld vor Ort und stellt fest (ist überzeugt davon): Prävention ist Standard in der Jugendförderung - Jugendförderung ist Prävention! Präventive Bemühungen dürfen nicht auf der individuellen Ebene stehen bleiben (Verhaltensprävention), sondern müssen auch

strukturelle Komponenten haben (Verhältnisprävention).

Die präventive Zielsetzung von K.O.B.R.A. geht konform mit den Empfehlungen der wissenschaftlichen Expertise „Zur Primärprävention des Substanzmissbrauchs“. Der Expertise liegt die Auswertung von ca. 500 nationalen und internationalen Berichten und Untersuchungen zugrunde.

Für K.O.B.R.A sind die Ergebnisse der Expertise keine Überraschung. Die Erkenntnisse deckten sich mit Erfahrungen von vielen durchgeführten Projekten und Maßnahmen. Die Studie ist aber trotzdem für K.O.B.R.A. von großem Wert: erfuhren doch dadurch einzelne und subjektive Erfahrungen eine wissenschaftliche Absicherung auf einer breiten empirischen Grundlage.

Mitglieder – Akteure – Ansprechpartner/innen:

EV.STADTJUGEND-PFARRAMT
Kiesstraße 16
64283 Darmstadt
H.G. Seifert
N. Hofferbert
06151-497915

JUGENDHAUS HEAG Häuschen
Frankfurter Landstr. 147
64291 Darmstadt
Harry Swetec-Herrmann
06151-376280

JUGENDCLUB DER STALL
Jägertorstraße 181
64289 Darmstadt
Eva Grünewald
06151-77416

JUGENDHAUS AKAZIENWEG
Akazienweg 41
64293 Darmstadt
Wolfgang Koob
06151-896239

JUGENDRING DARMSTADT
Eckhardtstraße 7
64289 Darmstadt
Alice Müller
06151-79733

FACHSTELLE FÜR SUCHTPRÄVENTION
Bessunger Strasse 80
64285 Darmstadt
Volker Weyel
06151-664835

SPORTKREISJUGEND DARMSTADT

Alsfelder Straße 27
64289 Darmstadt
Frank P. Schröder
06151-735083

INTERNATIONALES JUGENDZENTRUM SKA

Pankratiusstraße 18
64289 Darmstadt
Martin Gerbes
06151-714797

AKTIVSPIELPLATZ HERRNGARTEN

c/o Jugendförderung
Groß-Gerauer-Weg 1-3
64295 Darmstadt
Ekkehard Malauschek
06151-712022

JUGENDHAUS GO IN

Kirnberger Straße 12
64297 Darmstadt
Sandra Hamann
Ekkes Engert
06151-56050

JUGENDFÖRDERUNG DARMSTADT

Frankfurter Strasse 71
64293 Darmstadt
Rainer Claus
06151-132165

SPORTBERATUNG DARMSTADT

Frankfurter Straße 71
64293 Darmstadt
Ralf Rainer Klatt
06151-132941

LERN- UND SPIELSTUBE

Lichtenbergstraße 32-34
64289 Darmstadt
Kai Füllhardt
06151-77797

JUGENDHAUS MESSLER STRASSE

Messler Straße 114
64291 Darmstadt
Bernd Schmiedeke
06151-375468

BAASHALLE

c/o Max Rieger Heim
Heinheimer Straße 56
64289 Darmstadt
Reiner Engel
06151-716698

PFIFF – ein interdisziplinärer Ansatz aus Suchtberatung, Prävention, Sportwissenschaften und Psychologie

PRÄSENTATIONEN

- Eröffnung der Europäischen Suchtpräventionswoche in Frankfurt
- Jahrestagung der Deutschen Hauptstelle gegen die Suchtgefahren in Weimar
- Tagung der Deutschen Vereinigung der Sportwissenschaften in Frankfurt
- Kongress des Deutschen Sportlehrerverbandes in Augsburg
- Jahrestagung des Fachverbandes Glückspielsucht in Gotha
- Jahrestagung betriebliche Suchtarbeit der DHS in Karlsruhe
- Präventionskonferenz des Kommunalen Präventionsrates in Darmstadt
- Präventionskonferenz des Main-Kinzig-Kreises in Gelnhausen
- Bundesweite Tagungen der Robert-Bosch-Stiftung: Gesunde Schule in Göttingen
- Kampagne gegen Sucht der Firma Merck und der Stadt Darmstadt
- Kongress: Gesundheit, Ernährung, Gesundheitsschutz des Bayerischen Staatsministeriums in Ingolstadt
- Pressekonferenz des Bundesinstitutes für Sportwissenschaften in Bonn
- Olympia GmbH und Olympische Gesellschaft der Stadt Frankfurt
- Kampagne gegen Sucht der Wissenschaftsstadt Darmstadt und dem Hessischen Rundfunk in Darmstadt
- Europäische Arbeitsgemeinschaft Gemeindenahe Suchtprävention in Luxemburg
- Fachtagung: Vorbildliche Strategien kommunaler Suchtprävention in Berlin
- Sportausschuss des Deutschen Bundestages in Berlin
- Expertenmeeting zum Thema Dopingprävention der Europäischen Union in Frankfurt
- Konferenz zur Suchtprävention im Sport für das Land Luxemburg

FORTBILDUNGEN

- Fortbildung der Fachstellen für Suchtprävention in Hessen
- Fortbildungen für Übungsleiter/innen und Trainer/innen im Landessportbund Hessen

- Lehrgänge im Auftrag der Sportjugend Hessen
- Lehrauftrag und Multiplikatoren-schulung an der Fachhochschule Fulda
- Fortbildung für Jugendtrainer/innen im Auftrag des Deutschen Fußballbundes in Barcelona
- Fortbildungen für Vereine und Verbände im Auftrag der Kreisverwaltung des Main-Kinzig-Kreis
- Fortbildungen für Schulen, Vereine und Verbände in der Region Darmstadt
- Fortbildung der städtischen Jugendzentren und der Jugendförderung in Darmstadt
- Fortbildung von Trainern und Übungsleitern im Auftrag des Landesportbundes Saarland in Saarbrücken
- Fortbildungen und Seminare zum Thema Dopingprävention im Auftrag der Europäischen Union
- Fortbildung von Ausbilder/innen leitender Angestellter zum Thema Suchtprävention im Betrieb im Auftrag der Firma Merck in Darmstadt
- Fortbildung von Ausbildungsbetrieben in der Region Passau
- Fortbildung von Trainer/innen, Lehrer/innen, Funktionär/innen und Vertreter/innen der Ministerien im Auftrag des Landes Luxemburg

FÖRDERUNG – Unterstützung und Sponsoren

- Seminare im Main-Kinzig-Kreis werden von der Bertha Heraeus und Kathinka Platzhoff Stiftung gefördert.
- In der Region Darmstadt wurden Aktivitäten von der Firma Merck finanziert.
- Die Neuauflage des PFIFF Handbuchs wird vom Land Hessen unterstützt.

BERATUNG UND ORGANISATION – Projekt- und Konzeptentwicklung für Organisationen

- Konzeptentwicklung für Ausbildungsbetriebe in der Region Passau
- Entwicklung eines seminarbegleitenden Handbuchs im Rahmen der Fortbildungen
- Prävention als Element im Schulprogramm und in der Schulentwicklung
- Entwicklung von Leitlinien im Umgang mit drogenkonsumierenden Jugendlichen
- Konzeptentwicklung und Präsentation Suchtprävention in Ausbildungsbetrieben in der Firma Merck Darmstadt
- Konzeptentwicklung Dopingprävention in Europa im Auftrag der EU

Dr. Hanna Permien,
Deutsches Jugendinstitut; München

Der Umgang von Familien mit Kinder- und Jugenddelinquenz – welche Unterstützung brauchen sie von der Jugendhilfe ?

Alter	10 - 15 Jahre	13,6%
	16 – 30 Jahre	10,9%
	31 – 45 Jahre	8,1%
Familiengröße und -form	Paar mit 1 Kind	7,2%
	Paar mit 2 Kindern	10,2%
	Paar mit 3 u.mehr Kindern	21,5%
	Einelternhaushalt	29,8%

Nach: 11. Kinder und Jugendbericht (2002)

Eltern haben immer Schuld ...

Gerne werden in den Medien spektakuläre, aber auch singuläre Gewalttaten von Kindern und Jugendlichen hochgespielt. Auch der „dramatische“ Anstieg der - polizeilich registrierten - Zahlen straffatverdächtiger Kinder bis 1998 führte zur heftigen und kontroversen öffentlichen Diskussionen. Dabei wurden auch Forderungen laut, betroffene Eltern stärker zur Verantwortung zu ziehen, denn für die Medien steht immer sehr schnell fest, dass sie in der Erziehung „versagt“ haben. Doch was auch immer Eltern alles falsch machen mögen – sicher ist, dass sie es unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen nicht leicht haben mit ihrer Erziehungsaufgabe:

... aber sie (und ihre Kinder) haben es auch nicht leicht!

So gibt es immer mehr Kinder, die in Armut aufwachsen, wie u.a. aus dem Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung hervorgeht (BT-Drucksache 14/5990, 2001): Hier wird von einer „Grundtendenz zunehmender sozialer Polarisierung“ (Gilges 2001: 367) gesprochen, die sich u.a. darin ausdrückt, dass die 10% der reichsten Haushalte in Deutschland über 45% des gesamten Privatvermögens, die 50% der ärmeren Haushalte aber nur über 4,5% des gesamten Vermögens verfügen! Arm sind, wie die Tabelle zeigt, in diesem Land besonders Alleinerziehende und ihre Kinder, kinderreiche Familien und Migrant/innen.

Bevölkerung mit Niedrigeinkommen (50% des Durchschnittseinkommens) 1997:

Nationalität	Deutsche	7,0%
	Ausländer	20,0%
	Zuwanderer	25,2%
Bildung	Hauptschule mit Lehre	7,0%
	Realschule	6,3%
	Abitur	4,9%
	Ohne Abschluss	15,9%

Armut aber ist oft – wenn auch nicht zwangsläufig – verbunden mit weiteren Belastungen: Krankheit, Sucht, Aggression und Gewalt in der Erziehung, Trennungen der Eltern sowie neuen, aber oft instabilen Familienkonstellationen und dem Leben in Stadtteilen oder ländlichen Räumen mit schlechter Infrastruktur. Aufwachsen in Armut ist also für viele Kinder und Jugendliche mit Risiken für ihre Entwicklung verbunden, so in den Bereichen Gesundheit, emotionale Befindlichkeit und Selbstvertrauen, soziale Beziehungen und Einbindung in (Sport-) Vereine, Kompetenzentwicklung und Schulerfolg. So schaffen sehr viel weniger Kinder aus armen Familien den Übertritt aus der Grundschule in höhere Schulen (ca. 15% der Kinder aus armen Familien kommen ins Gymnasium, gegenüber 29% der Kinder aus besser gestellten Familien, vgl. Walper 2001: 383f). Unter den Haupt- und Förder-schüler/innen und den Kindern aus Familien mit sozialen Problemen wiederum ist die Zahl der Schulverweigerer/innen und der Schulabgänger/innen ohne Abschluss besonders hoch (Schreiber-Kittl 2001: 14) und diese jungen Menschen haben sehr wenig Chancen auf eine einträgliche und kontinuierliche Berufstätigkeit – so dass man hier schon absehen kann, dass sich Armut und soziale Probleme gewissermaßen „vererben“.

Dazu kommen als Stressfaktoren für alle Eltern: Der Einfluss von Medien und damit vermittelte Konsumzwänge, Leistungszwänge in Schule und Beruf, Gruppendruck bis hin zu Gruppenterror in Schulen und riskantes Verhalten schon von Kindern – besonders in sozial benachteiligten Umfeldern: So sagte uns eine 12jährige: „Ja, hier im Stadtteil gibt es nur Cliques, in denen man Drogen nimmt oder Cliques, in denen man klauen geht!“

Die Gefahr, dass die Delinquenz nicht nur – wie bei den meisten Kindern – eine kurze Episode in der Phase des (vor)pubertären Austestens von Grenzen bleibt, sondern sich zu einer „Delinquenzkarriere“ aus-

wächst, ist aber für Kinder und Jugendlichen aus belasteten Familien und sozialen Umfeldern größer!

... können sie es denn überhaupt richtig machen?

Trotz – oder besser in Wechselwirkung mit – allen äußeren Belastungsfaktoren sind es aber immer noch die Reaktionen von Eltern auf Problemverhalten ihrer Kinder, die wesentlichen Einfluss darauf haben, ob es bei ein paar CD- oder Klamottendiebstählen bleibt – oder ob Erpressung, Raub, Einbruch, Körperverletzung dazukommen und sich Straftaten zu einer „Delinquenzkarriere“ verfestigen.

Doch wie unterscheiden sich erfolgversprechende von weniger erfolgversprechenden Strategien von Familien zur Bewältigung von Kinderdelinquenz? Um dies herauszufinden und die Innensichten von Delinquenz sowie die Bewältigungsstrategien delinquenter Kinder und ihrer Eltern zu erhellen, wurden in einer am DJI durchgeführten Studie ausführliche offene Interviews in 50 Familien aus ost- und westdeutschen Großstädten geführt, deren Kinder zumindest einmal angezeigt worden waren. Befragt wurden sowohl Eltern als auch Kinder – meist gleichzeitig und getrennt voneinander.

Unsere Studie ist nicht repräsentativ. Doch die 50 befragten Familien decken in Bezug auf Ausmaß und Schwere der Kinderdelinquenz, auf Familienform, soziale Hintergründe und das emotionale Familienklima ein breites Spektrum ab. Die Familien hatten zudem – aufgrund der Kinderdelinquenz oder anderer Probleme – in sehr unterschiedlichem Ausmaß Kontakte zu Polizei und Jugendhilfe.

Für die Frage, ob nach bekannt werden der Straftat gelingende Bewältigungsprozesse in Gang kommen, erwies sich der Umgang mit Autorität in den Familien von entscheidender Bedeutung. Denn die Eltern und auch die Kinder selbst machten immer wieder deutlich, dass Autorität für die Bewältigung von Delinquenz nötig sei. Dabei haben wir den Begriff Autorität nicht auf autoritäres Verhalten eingeschränkt, und wir sind auch davon ausgegangen, dass nicht die Eltern einseitig die Kinder beeinflussen, sondern dass es hier um Aushandlungsprozesse und gegenseitige Beeinflussung geht.

Nun war es zwar so, dass die meisten der Befragten Autorität für notwendig hielten, um weitere Straftaten ihrer Kinder zu verhindern, doch gestaltete sich ihr Umgang mit

Autorität sehr unterschiedlich. Auf der Basis ausführlicher Fallanalysen haben wir fünf typische Bewältigungsmuster rekonstruiert, die zwischen den Polen autoritärer Bewältigung („Null-Toleranz“) und Bewältigungsversuchen mit lückenhafter Autorität („Null-Autorität“) liegen. Wir fanden eine bessere und vier schlechtere Arten, mit Autorität umzugehen. Diese Muster wollen wir kurz darstellen, um im Anschluss daran auf die Bedeutung der Jugendhilfe für die Familien einzugehen.

Bewältigungsmuster in Familien

Muster mit ausreichender Autorität und wenig Institutionenkontakten	Muster mit lückenhafter Autorität und intensiveren Institutionenkontakten
<ul style="list-style-type: none"> ■ Autoritäre Bewältigung mit einseitiger, nur teilweise erfolgversprechender Aushandlung ■ Autoritative Bewältigung mit dialogischer, erfolgversprechender Aushandlung 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Bagatellisierung von Delikten mit wenig erfolgversprechender Aushandlung ■ Inkonsistente Autorität mit erfolgloser Aushandlung und wechselnden Machtverhältnissen ■ Autoritätslücken mit mangelnder oder erfolgloser Aushandlung und Übermacht der Kinder

Autoritäre Bewältigungsstrategien

In Familien mit autoritären Bewältigungsprozessen verfügen die Eltern über ein hohes Maß an Autorität und die Beziehungen zwischen Eltern und Kindern sind zum Teil ganz gut. In diesen stark normorientierten Familien zeigen die Eltern aber keinerlei Verständnis für das Fehlverhalten ihrer Kinder, sie sehen vielmehr die Familienehre auch schon durch kleinste Delikte verletzt. Ihre Reaktionen sind durch Null-Toleranz gekennzeichnet: „Tu uns das nie wieder an!“ Die Kinder fügen sich den strengen Bewertungen und oft harten Strafen der Eltern. Sie distanzieren sich von ihren Straftaten und wollen „nie wieder klauen“. Doch gerade dadurch können sie sich mit ihren Taten nicht genügend auseinandersetzen und zum Teil auch kaum Alternativen dazu entwickeln. Der Kontakt zur Jugendhilfe ist bei diesen Familien eher gering, weil sie sich meistens

(noch) in der Lage sehen, allein mit dem Problem fertig zu werden.

Wenn die Eltern überhaupt Rat bei der Jugendhilfe suchen, so wünschen sie – und bekommen oft – Verstärkung für ihre autoritäre Position. Wichtig ist aber, dass auch die Nöte und Sorgen der Kinder und ihre teilweise schwierige Rolle in der Familie – z.B. als Problemkind oder Sündenbock – die nötige Beachtung finden. In einigen unserer Fälle wirkt die Jugendhilfe auch mäßigend auf die Eltern ein und hilft Eltern und Kindern wieder ins Gespräch zu kommen. So sollte z.B. ein Zwölfjähriger ins Heim, weil er zweimal bei Kaufhausdiebstählen erwischt worden war. Der zuständigen Sozialpädagogin gelang es aber, die Eltern davon zu überzeugen, dass der Junge kein „Verbrecher“ sei und sie über genügend Erziehungskompetenzen verfügen. Zur Entlastung wurde der Familie eine Tagesgruppe angeboten, die der Junge inzwischen gerne besucht und wo sich auch die Mutter gelegentlich Rat holt.

Autoritative Bewältigungsstrategien

Autoritative Bewältigungsstrategien zeichnen sich durch problemadäquate Autorität und gute Beziehungen zwischen Eltern und Kindern aus, die auch durch die Delinquenz der Kinder nicht gefährdet werden. Im Zentrum dieser Bewältigungsform stehen Gespräche über die Straftaten mit gegenseitigem Bemühen um Verständnis, angemessene Sanktionen und die Übernahme von Verantwortung für die Delikte bei Kindern und Eltern, die durchaus auch Kontrolle impliziert: „Es war ein Fehler, aber aus Fehlern kann man lernen!“ Autoritatives oder auch „anleitendes Erziehungsverhalten“ bedeutet auch immer neues Aushandeln von Grenzen mit den heranwachsenden Kindern, und so ist es oft unbequem und mühsam, doch es scheint sich zu lohnen: Nicht nur wir fanden, dass diese Art des Umgangs mit Autorität in vieler Hinsicht die Beste ist: So stellten Forscher in einer großangelegten Längsschnittuntersuchung (Silbereisen/ Zinnecker 1999) fest, dass diejenigen Kinder die besten Beziehungen zu ihren Eltern haben, aber z.B. auch am wenigsten Schule schwänzen und sich Straftaten zuschulden kommen lassen, die elterliches „Monitoring“ erleben, also elterliches Interesse für das Kind, seine Freundschaften und Aktivitäten, gepaart mit Kontrolle (s. auch Schreiber-Kittel/Schröpfer 2002).

Die Familien halten das Vorgehen der Polizei (Anhörung und anschließende Zufüh-

rung der Kinder zu den Eltern, z.T. erneute Vorladung) zunächst oft für übertrieben, erkennen aber auch die abschreckende Funktion dieses Vorgehens an. Die Kontakte dieser Familien zur Jugendhilfe sind gering, da sie ihre eigenen Ressourcen für die Bewältigung von Delinquenz meist (noch) für ausreichend halten.

Betrachten wir nun den sozialen Hintergrund der Familien, in denen die beiden bisher dargestellten Muster des Umgangs mit Autorität am häufigsten vorkommen, so zeigt sich, dass diese Familien nicht nur über genügend Autorität, sondern meist auch über weitere Ressourcen verfügen, um Delinquenz-Karrieren zu verhindern. Für die Kinder bedeutet das Erwischtwerden nicht nur fast immer einen Schock und damit eine deutliche Grenzziehung, sondern sie haben häufig auch genügend andere Möglichkeiten, die gewünschte Anerkennung zu bekommen, z.B. Kontakte zu nicht-delinquenten Gleichaltrigen und Zugang zu attraktiven legalen Freizeitbeschäftigungen. Und wenn die Freunde dann auch noch eher ablehnend auf Delinquenz reagieren, bringt es den Kindern keine Vorteile, wenn sie weitere Straftaten begehen. Im Gegenteil, viele merken, dass sie „etwas zu verlieren“ haben und dass „klauen doch nix bringt“ und beenden ihr Delinquenzverhalten. Andere allerdings machen weiter – hin und hergerissen zwischen der Versuchung, sich durch Delikte Kick und Anerkennung zu verschaffen und ihrer Angst, entdeckt und bestraft zu werden.

Die folgenden drei Bewältigungsmuster sind insgesamt wenig erfolgversprechend. Sie gehen in unserer Untersuchungsgruppe häufig - aber nicht immer - einher mit starken sonstigen Belastungen, wenig liebevollen Familienbeziehungen und geringer Bindung der Kinder an die (Stief-)Eltern. Die Entwicklungschancen der Kinder erscheinen eingeschränkt und ihre Delinquenzbelastung ist vergleichsweise hoch. In der Schule haben sie oft nur wenig Erfolg und finden bei Lehrern und Gleichaltrigen kaum Anerkennung und Unterstützung. Einige haben schon lange keine Schule mehr von innen gesehen – sie wollten oder durften nicht mehr zur Schule gehen. Häufig werden den Kindern Auffälligkeiten wie „Hyperaktivität“ sowie Aggressivität attestiert, wobei sich diese Auffälligkeiten durch Probleme in Familie und Schule noch verstärken – die sog. „schwierigen Kinder“. Diese Kinder orientieren sich stark an älteren, meist ebenfalls straffälligen Jugendlichen – so als wollten sie möglichst schnell der Ohnmacht und Ab-

hängigkeit ihrer Kindheit entwachsen. Manche, so scheint es, haben „nichts mehr zu verlieren“. Ihre – zumindest kurzfristigen – Chancen auf Anerkennung, Durchsetzung, Konsum und ein interessantes Leben sehen sie eher in delinquentem Handeln als in der Legalbewährung.

Bewältigungsstrategien mit „Autoritätslücken“

In Familien, deren Bewältigungsversuche durch eine Bagatellisierung der Delikte geprägt ist, verfügen die Eltern zwar über eine gewisse Autorität und vielleicht auch über gute Beziehungen zu ihren Kindern. Sie nutzen diese Ressourcen aber kaum, um weitere Straftaten zu verhindern. Nach dem Motto: „Das macht doch jeder mal“, gelten die Kinder den Eltern als „unschuldig“ oder als „von anderen verführt“. Von daher gibt es auch kaum Auseinandersetzung mit dem Delikt und kaum Sanktionen und somit keine Orientierung für die Kinder. Statt Normenverdeutlichung und Übernahme von Verantwortung für das eigene Handeln finden wir in diesen Familien öfter ein Schutz- und Trutz-Bündnis gegen die „böse“ Außenwelt, die die Kinder angeblich grundlos beschuldigt. So schob ein türkischer Vater die Schuld für die Straftaten seines Sohnes pauschal auf die „deutsche Gesellschaft“, denn „bei mir hört er ja“ – wobei der Vater den Sohn notfalls prügelte. Der Gedanke, dass die eigenen Kinder in ihrem benachteiligten sozial-räumlichen Umfeld tatsächlich gefährdet sein könnten, wird oft gar nicht zugelassen. So wird in manchen Fällen auch die Unterstützung der Jugendhilfe für überflüssig gehalten, in anderen Fällen eher passiv akzeptiert.

Bei einem inkonsistenten Umgang mit Autorität in den Familien kommt es zu ständigem Wechsel von Drohungen, Schlägen, harten Strafen und hilflosem Ignorieren der Delinquenz seitens der Eltern: So sagt uns eine verzweifelte alleinerziehende Mutter „Ich bin ja nur eine Frau. Er hört nur auf mich, wenn ich ihn schlage – aber ich kann ihn doch nicht immer schlagen!“ Nicht nur sie, sondern auch andere Alleinerziehende Mütter berichten uns, dass ihr Mann, der irgendwann die Familie in Stich ließ, die Autoritätsperson gewesen, sie aber machtlos sei. In anderen Fällen tragen die Eltern ihre Konflikte über die Kinder aus. Diese Kinder lernen früh, Mutter und Vater gegeneinander auszuspielen. Die Delinquenz ist, wie schon angedeutet, oft das kleinste der vielen Probleme der Familien. Verantwortung für Ursachen

und Folgen der Delikte wird weder von den Eltern noch von den Kindern übernommen.

Fallbeispiel: Chris z.B. gilt seit früher Kindheit als aggressiv und hyperaktiv. Seinen Vater kennt er nicht, seine Mutter erzählt nur Negatives von ihm und wirft Chris an den Kopf, dass er dem Vater immer ähnlicher werde. Nach der Trennung von seinem Stiefvater, mit dem er sehr gut klarkam, lebt er mit Mutter und jüngerem Bruder in beengten Wohnverhältnissen und von Sozialhilfe. Die ältere Schwester kam in eine Jugendwohngruppe. Mit 13 beginnt die „Abweichungskarriere“ von Chris, indem er immer häufiger die Schule schwänzt und bei ersten Diebstählen erwischt wird:

Jugendhilfe-Karriere von Chris

1. ASD-Beratung: Mutter will „geschlossenes Heim“, damit Chris wieder zur Schule geht. Chris will auf keinen Fall weg. ASD vermittelt Erziehungsberatung
2. Nach 3 Monaten Konflikteskalation >> WG in der Nähe >> Schulschwänzen, Drogenkonsum, Polizeikontakte wg. Einbruch, Diebstahl, Dealerei >> Rauschmiss nach 6 Monaten
3. Pendeln zwischen Zuhause, Bahnhofsszene und JND (Jugendnotdienst).
4. „Neuanfang“ in der Schule scheitert >> Heim auswärts. Rauschmiss nach 4 Monaten, keine Delinquenz
5. Etwa 2 Monate: Pendeln zwischen Mutter und JND
6. Therapeutische WG, Rauschmiss nach 2 Wochen wg. Angriff auf Erzieherin >> Anzeige
7. Erneut JND, nach 6 Wochen Rauschmiss wg. Angriff auf Erzieher >> Anzeige
8. Hausverbot im JND >> wieder zuhause. Chris lehnt Auslandsmaßnahme ab, will keinerlei Jugendhilfe mehr
10. Vorstellung in Heim mit GU (geschlossener Unterbringung) >> Chris wird abgelehnt
11. mit 15 J. wieder zuhause. Keine Alternativen in Jugendhilfe und Schule mehr
11. Warten auf den Gerichtstermin, den Chris fürchtet, Mutter dagegen hofft auf Haftstrafe
12. Bewährungsstrafe. Mutter wirft ihn raus
13. Mit 15 Jahren landet Chris in einer Obdachlosenunterkunft, später im Knast.

Bei den Bewältigungsversuchen schließlich, die durch Autoritäts-Lücken gekennzeichnet sind, üben die Eltern kaum Autorität aus, vielmehr bestimmen die stark auf

deviante Peers ausgerichteten Kinder das Geschehen – und manchmal scheinen Rollen und Machtverhältnisse zwischen Eltern und Kindern vertauscht. Vertrauen und Verständnis zwischen Eltern und Kindern gibt es kaum, das Wissen der Eltern über die Delikte ist gering. Verbote und Strafen werden, wenn überhaupt, dann in inkonsequenter Form verhängt und haben kaum Erfolg, da diese Kinder sich weder Grenzen setzen lassen („von meiner Mutter lass ich mir doch nichts verbieten!“), noch ein Bewusstsein für die langfristig negativen Konsequenzen ihrer Delinquenz entwickeln. Die 13jährige Marleen z.B. hat ihre Mutter so fest im Griff, dass diese nicht nur ihre Diebstähle, ihr nächtelanges Herumstreunen mit älteren, auffälligen Jungen sowie ihren hohen Alkohol-Konsum bagatellisiert, sondern ihr auch noch die Entschuldigungen für die Schule schreibt, die Marleen nur noch sporadisch besucht. Marleen unterstützt ihre Freunde auch bei Einbrüchen und beim Dealen, bleibt bei diesen Delikten aber im Hintergrund – und ist ja, wie sie mehrfach betont – auch erst 13, also noch nicht strafmündig.

Wie die Mütter von Marleen und Chris versuchen auch andere Eltern, ihre fehlende Macht durch Drohungen mit dem „Erziehungsheim“ zu verstärken sowie Jugendhilfe und Polizei als Autorität ersatz einzuspannen. Dies gelingt aber nicht immer: So berichtet Marleen denn auch voller Stolz, dass die Polizei sie häufig nachts in volltrunkener Zustand aufgreift und heimfahren muss – für sie ist die Polizeistreife ein kostenloses Taxi. Doch da ihre Mutter irgendwann keinen Rat mehr weiß, kommt Marleen schließlich ins Heim, haut dort ab, und nach kurzen Aufenthalten in 2 - 3 weiteren Heimen, wo sie jedes Mal nach ein paar Tagen entweder abhaut oder rausgeworfen wird, kommt sie schließlich in eine geschlossene Einrichtung – denn, wie ihre verzweifelnde Mutter sagt, „ich konnte einfach nichts mehr für sie tun“. Nach Autoritätslücken und fehlenden Grenzen erfährt Marleen nun plötzlich Härte und sehr enge Grenzen.

Bekommen Familien die richtige Unterstützung von der Jugendhilfe?

Das Kreuz mit der Prävention

Diese eben vorgestellten „Abweichungskarrieren“, die ja zunächst mal eher harmlos anfangen, führen natürlich zu dem Ruf nach Prävention. Ich hoffe zumindest, dass dieser

Ruf angesichts leerer Kassen noch nicht ganz verstummt ist. Und zwar nicht primär nach Kriminalitätsprävention, sondern nach einer Prävention, die Kinder und Jugendliche unterstützt und fördert und vor Ausgrenzung bewahrt!

Tatsächlich ist eine schnelle Reaktion sehr wichtig, wenn man „Karrieren“ und Konflikteskalationen in Familien verhindern will, und da sollte man bei der Kinderdelinquenz anfangen. Die ist aber wegen ihrer Episodenhaftigkeit und Bagatellhaftigkeit sowohl für die Polizei als auch für die Jugendhilfe und die Schule ein „Randproblem“ (Projektgruppe Delinquenz von Kindern 1999). Diese Institutionen sind sich darin einig, dass der Anstieg registrierter Kinderdelinquenz nicht überbewertet werden sollte, zumal es sich bei den meisten Delikten um Ladendiebstähle mit sehr geringer Schadenssumme handelt – und in der Tat sind die meisten Familien in der Lage, damit allein fertig zu werden. Allerdings, so die von uns befragten Expertinnen und Experten der Polizei, gibt es einen – sehr kleinen, aber wachsenden – Anteil strafunmündiger Kinder und strafmündiger Jugendlicher, denen sehr viele Delikte zur Last gelegt werden und deren „Delinquenzkarrieren“ nur sehr schwer zu unterbrechen sind, da sie bisher auch über die Jugendhilfe kaum erreicht würden. Diese Gruppe umfasst zwar nur etwa 5 -10 % aller tatverdächtigen Kinder und Jugendlichen, sie verübt aber einen sehr großen Anteil aller Straftaten dieser Altersgruppen. Wenn die Jugendhilfe hier eine Chance haben soll, dann müsste möglichst frühzeitig und möglichst sofort nach einer polizeilich erfassten Straftat etwas geschehen (AST 2001).

Wirksame Prävention der Jugendhilfe steht hier aber zunächst vor zwei widersprüchlichen Aufgaben:

- Es gilt zum einen, harmlos bleibende Bagatellfälle von solchen Fällen zu unterscheiden, die, wie der Fall Chris, auch harmlos beginnen, dann aber schnell eskalieren, und es gilt zum zweiten, den Schutz der Privatsphäre gegen Präventions-Interessen abzuwägen, denn Prävention impliziert nun leider immer auch Kontrolle.
- Ein weiteres Problem: Jugendhilfe kann vielfach gar nicht schnell handeln! Denn im Falle der Straftaten von Kindern informiert die Polizei die Jugendhilfe davon oft erst nach Abschluss der Ermittlungen, also erst nach Wochen, manchmal auch überhaupt nicht. Die

Jugendhilfe ihrerseits geht diesen Meldungen auch nicht immer nach, d.h.: Nicht selten reagiert sie sehr/zu spät oder gar nicht auf Straftaten von Kindern – zum Teil aus Arbeitsüberlastung, z.T. aber auch ganz bewusst, um einer einmaligen Anzeige nicht mit zu viel „Kontrolle“ zu begegnen. Häufig wird nach Eingang der Polizeimeldung von der Jugendhilfe ein Formbrief mit einem Beratungsangebot an betroffene Eltern versandt. Diese reagieren darauf allerdings, wie unsere Gespräche mit den Familien deutlich machten, selten positiv. Sie monieren entweder, dass dieses Angebot nicht sofort kam, als sie es gebraucht hätten, sondern viel zu spät, oder sie sind beunruhigt darüber, „dass sich nun auch noch das Jugendamt einmisch“ und fürchten Unannehmlichkeiten oder gar, dass „das Jugendamt mir die Kinder wegnimmt“.

Interventionsprojekte

Eine bessere Lösung scheinen hier die Interventionsprojekte an der Schnittstelle von Polizei und Jugendhilfe, die es in verschiedenen ostdeutschen Städten gibt. Sie beruhen auf einer verbesserten Kooperation zwischen Polizei und Jugendhilfe und ermöglichen eine unmittelbare, tatzeitnahe Reaktion der Jugendhilfe auf Kinder- und Jugenddelinquenz: Diese Projekte sind in direkter Nähe zur Polizei mit einer sozialpädagogischen Beratungsstelle mit langen Öffnungszeiten präsent. Dort können sich – nach Hinweis durch die Polizeibeamten – Kinder, Jugendliche und deren Eltern direkt nach der Anhörung bzw. Vernehmung Rat und Hilfe beim Umgang mit der Straftat holen und sich über weitergehende Angebote der Jugendhilfe informieren. Zum Teil werden auch konkrete Schritte zur Wiedergutmachung der Tat eingeleitet (vgl. Projektgruppe Delinquenz von Kindern 1999, Bode 2000, Ferse 2001, Enke 2001). Die Familien aus unserer Untersuchungsgruppe, die diese Stellen kontaktierten, zeigten sich darüber sehr zufrieden. Da die Kontaktaufnahme der Familien zur Interventionsstelle auf freiwilliger Basis erfolgt, ist allerdings nicht gewährleistet, dass sich alle Familien mit Hilfebedarf dort melden, bzw. ist zu befürchten, dass manchmal gerade die Familien nicht dort hingehen, bei denen eine Unterstützung besonders dringlich wäre, um „Delinquenzkarrieren“ der Kinder zu vermeiden.

Doch in Bezug gerade auf Familien, in denen „Delinquenzkarrieren“ der Kinder dro-

hen, wurde in den letzten Jahren einiges von Polizei und Jugendhilfe getan, um Präventionschancen nicht zu verspielen. So setzt die Polizei im Bereich der Kinder- und Jugend-Delinquenz verstärkt Jugendbeauftragte und Jugendsachbearbeiter/innen ein, setzt verstärkt auf Prävention und geht immer mehr nach dem Täter- statt dem Tatortprinzip vor. Dadurch kann sehr viel schneller deutlich werden, welche Kinder und Jugendliche als sog. „Mehrfachtäter“ in Erscheinung treten – und da diese immer wieder mit den selben Beamtinnen und Beamten zu tun haben, (die sich zudem manchmal in speziellen Arbeitsgruppen treffen) werden auch die Hintergründe der Taten (Familiensituation, Cliquesbezug, Situation in Schule und im Stadtteil) bald klarer. Und z.B. in Nürnberg, aber auch an anderen Orten enthalten die Polizeimeldungen an den ASD inzwischen häufig nicht nur Angaben über den Tatvorwurf, sondern auch über soziale Hintergründe der Verdächtigten sowie über Cliqueszusammenhänge, soweit sie in der Anhörung ermittelt wurden. Wenn die Polizeibeamten den Eindruck einer besonderen Gefährdung der Verdächtigten haben, schicken sie diese Meldungen auch sofort an ASD oder JGH und warten nicht bis zum Abschluss der Ermittlungen (PJS-Bericht 2000, Projektgruppe 1999).

Eine intensive Kooperation zwischen Jugendhilfe und Polizei hat sich auch in Köln entwickelt (vgl. Schick 2001). Auch dort ging die Polizei vom Tatort- zum Täter-Prinzip über und richtete eine polizeiinterne Ermittlungsgruppe für kindliche und jugendliche Intensiv- und Gewalttäter ein. In Zusammenarbeit mit dem Jugendamt wurde ein Raster mit Mindestanforderungen für die Meldungen der Polizei an die Jugendhilfe erarbeitet und die Zeit bis zur Übermittlung dieser Meldungen verkürzt. Parallel dazu wurde am Jugendamt eine Koordinationsstelle für strafunmündige Serien- und Intensivtäter eingerichtet, die von der Polizei sofort benachrichtigt wird, wenn ein Kind als „Intensivtäter“ eingestuft und die Fallbearbeitung von der speziellen Ermittlungsgruppe übernommen wird. Die Ermittlungsgruppe der Polizei und die Koordinationsstelle bleiben weiterhin in engem Kontakt, um z.B. Informationen über Cliqueszusammenhänge, Aufenthalts- und Betreuungswechsel bzw. über erneute Straftaten auszutauschen. Die Koordinationsstelle übernimmt zudem die Aufgabe, Kontakte zu Familie, Schule und ggf. zu den Trägern von bereits etablierten Jugendhilfe-Maßnahmen herzustellen und zu pflegen und einen zügigen Informations-

fluss sowie eine ständige Rufbereitschaft zu gewährleisten.

Gezielte Prävention und schnelles Handeln können also durchaus möglich gemacht werden – ob man das will, wie weit man das darf und wo der Überwachungsstaat beginnt, muss natürlich diskutiert werden.

Orientierung und Empowerment auch für Eltern!

Doch was bietet die Jugendhilfe den Familien nun an – und was können die Familien davon gut annehmen und nutzen?

Ich will hier nicht auf den bekannten KJHG-Katalog ambulanter und stationärer Jugendhilfe-Angebote (§27ff) eingehen, vielmehr will ich den Blick auf die Interaktion zwischen Familien und Jugendhilfe lenken. Denn auch da geht es um Aushandlungen, die ge- oder misslingen können, genauso wie zwischen Eltern und Kindern. Die Fälle in unserer Studie sowie Fallanalysen, die ich in München in bezug auf straffällige Kinder aus Migrantenfamilien durchgeführt habe, zeigen, dass man das Schlagwort von der Koproduktion zwischen Eltern, Kindern und Jugendhilfe gar nicht ernst genug nehmen kann

Erkennen und Anerkennen

Jugendhilfe gebraucht zwar gerne das Zauberwort Ressourcenorientierung und setzt es sicher auch oft erfolgreich um. In den Fällen aber, die nicht gut laufen, scheint es, dass den Jugendhilfe-Fachkräften zunächst doch oft vor allem die Defizite der Familien ins Gesicht springen, oder dass sie sich, wie im Fall Chris, in dem es heftige Machtkämpfe zwischen Mutter und Sohn gab, auf die Seite der Kinder schlagen. Das aber führt dann leicht dazu, dass die Eltern – vor allem die Väter – sich nicht anerkannt fühlen oder dass es zu (mehr oder weniger) verdeckten Machtkämpfen auch zwischen Eltern und Jugendhilfe kommt und die Eltern nicht für eine problemlösende Koproduktion gewonnen werden können.

Der Fall Chris wie auch andere Beispiele belegen, dass die Jugendhilfe manchmal Gefahr läuft, sich in die familiären Bewältigungsmuster zu verstricken und sie noch zu verstärken (vgl. Conen 1999), oder „unbewusste Auftragslagen“ der Eltern oder Kinder (Schwabe 1996: 168) zu übernehmen, statt ihnen entgegen zu wirken.

Damit aber wird es auch für die Kinder, die sich ja mit ihren Eltern identifizieren, und sich sehr oft bemühen, die „unbewussten

Aufträge“ ihrer Eltern zu erfüllen, oft schwer, sich den Angeboten der Jugendhilfe zu öffnen.

Wenn also z.B. Chris mit seiner Delinquenz und seinem Drogenkonsum sehr loyal den „Auftrag“ seiner Mutter umsetzt, Abbild seines bösen Vaters zu sein, so kann er nicht im Heim der brave Schüler sein, den die Mutter sich offiziell wünscht.

Um diesen Gefahren zu entgehen, ist es wichtig, dass die Jugendhilfe

- ... sich genügend Zeit für das Fallverstehen nimmt, um rechtzeitig zu erkennen, welche Bewältigungsmuster es in der Familie gibt, was an Dynamik läuft, welche Inkonsistenzen und Autoritätslücken es gibt und wie die Rollen- und Machtverteilung in der Familie aussieht, ob und wozu z.B. ein „Sündenbock“ oder ein „Problemkind“ in der Familie gebraucht wird – und dabei Eltern und Kinder als Expert/innen für das Geschehen in der Familie ernst nehmen. So weiß z.B. die Mutter von Chris sehr genau, dass eine Erziehungsberatung auf jeden Fall nicht reicht.

- ... anerkennt, dass Kind und Eltern im Rahmen ihres Systems und ihrer Möglichkeiten mit diesen Mustern erst mal die beste Lösung gesucht haben. Diese Anerkennung der Muster hilft, um sie bei der Gestaltung des weiteren Hilfeprozesses zu berücksichtigen – auch, wenn diese Muster nicht immer funktional erscheinen. Wenn z.B. die Mutter von Chris für ihren Sohn fordert: „geschlossene Unterbringung, aber sofort – damit er endlich wieder regelmäßig zur Schule geht!“, so ist zumindest anzuerkennen, dass sie ihm damit nicht nur droht, sondern sich auch um ihn Sorgen macht, – wenn auch die GU vielleicht nicht die richtige Maßnahme ist.

Empowerment – auch und gerade für die Eltern

Wenn Jugendhilfe die Ressourcen der Familien tatsächlich nutzen will, dann sollten z.B. soziale Gruppenarbeit oder Tagesgruppen nicht nur Empowerment und Alternativen zu Delinquenzverhalten für Kinder und Jugendliche bieten, sondern auch die Erziehungs-Kompetenzen der Eltern soweit wie möglich herausfordern und fördern, damit Familien zu erfolgreicherem Bewältigungsstrategien ermutigt und befähigt und dadurch in Zukunft unabhängiger von der Jugendhilfe werden. Dabei können Angebote im Stadtteil, wie Mütterzentren, Eltern- und

Migrantentreffs wirksame Hilfestellung bieten. Bei einseitiger Förderung nur der Kinder können sich Autoritätslücken und Inkonsistenzen bei den Eltern und damit Konfliktpotentiale in der Familie noch vergrößern – oder Eltern brechen Maßnahmen für ihre Kinder ab, weil sie sich ausgegrenzt fühlen.

Der Jugendhilfe sollte zudem sehr klar sein, welche Angebote sie machen kann und welche sie fachlich nicht für sinnvoll hält, und wo sie die Eltern nicht aus ihrer Verantwortung entlassen, ihnen aber wirkungsvolle Unterstützung anbieten kann. Wenn die Jugendhilfe dagegen in Familien mit lückenhaftem Umgang mit Autorität oder gar „erlernter Hilflosigkeit“ (Seligman 1979) die Eltern allzu schnell „ersetzen“ will oder gar selber ein Übermaß an Hilfebedürftigkeit inszeniert (vgl. Herriger 1995), weil sie die Kompetenzen der Kinder oder der Eltern übersieht oder missachtet, so trägt dies zum Depowerment und zur (weiteren) Negativetikettierung von Kindern und Eltern bei.

Zur Orientierungsfunktion der Jugendhilfe gehört also auch die Klärung der Frage: Wer kann und soll welche Verantwortung übernehmen? Denn nicht nur im Fall Chris wird die Verantwortung für die Probleme zunächst zwischen Eltern und Kindern hin- und hergeschoben und – wenn die Eltern nicht mehr weiterwissen – schließlich an die Jugendhilfe weitergegeben: Sie soll die Autorität realisieren, die in der Familie fehlt. Dies mag der Jugendhilfe oft genug gelingen, doch wenn die Jugendhilfe-Fachkräfte einer Einrichtung auch nicht zurecht kommen und dann Verantwortung und Kind möglichst schnell an andere Bereiche der Jugendhilfe oder auch an die Psychiatrie weitergeben oder – bei Scheitern aller Bemühungen – schließlich an die Familien zurückgeben, so gerät die Unterstützungsfunktion der Jugendhilfe zu einer Verschiebefunktion. Damit aber setzen sich Inkonsistenzen und Autoritätslücken in den Familien in der Jugendhilfepraxis noch fort. Die Konsequenzen dieser Fehler und Versäumnisse aber belasten schließlich und für lange Zeit allein die Kinder und Jugendlichen.

Literatur:

AST: Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention (Hg.): Der Mythos der Monsterkids. Strafmündige „Mehrfach- und Intensivtäter“. München 1999 (DJI-Materialien)

Bode, Rainer: Erzieherische Wirkung durch Schadenswiedergutmachung und Tatkonfrontationsgespräche - das Projekt ERWISCHT. In: Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention (Hg.): Wider die Ratlosigkeit im Umgang mit Kinderdelinquenz. Präventive Ansätze und Konzepte. München 2000 (DJI-Materialien), S. 143-152

Conen, Marie-Luise: Problemkarrieren von delinquenten Kindern unterbrechen - aufsuchende Familientherapie, eine Hilfeform bei Problemkarrieren. Forum Erziehungshilfen 2 /1999, S. 115-122

Ferse, Kristin: Das Interventions- und Präventionsprojekt der Jugendgerichtshilfe Dresden. In: Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention (Hg.): Schnelle Reaktion. Tatverdächtige Kinder und Jugendliche im Spannungsfeld zwischen beschleunigtem Verfahren und pädagogischer Hilfe. München 2001 (DJI-Materialien), S. 57-74

Gilges, Konrad: Kinder im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. In: Unsere Jugend, Heft 9/2001

Herriger, Norbert: Empowerment und das Modell der Menschenstärken. Bausteine für ein verändertes Menschenbild in der sozialen Arbeit. In: Soziale Arbeit 5/1995, S.155-162

Hoops, Sabrina/Permien, Hanna/Rieker, Peter: Zwischen null Toleranz und null Autorität. Strategien von Familien und Jugendhilfe im Umgang mit Kinderdelinquenz. Verlag Deutsches Jugendinstitut München 2001 (im Druck)

Modellprojekt PJS (Kooperation Polizei – Jugendhilfe – Sozialarbeit) : Zwischenbericht 2000. Nürnberg 2001

Permien, Hanna: Kinderdelinquenz: Wirksame Jugendhilfe oder Warten auf die Justiz? In: Forum Erziehungshilfen 2/2000, S. 88 –95

Projektgruppe Delinquenz von Kindern: Straftatverdächtige Kinder und ihre Familien- Problembewusstsein zuständiger Institutionen. München und Leipzig 1999 (DJI-Materialien)

Schick, Sabine: Die Koordinationsstelle für strafmündige Serien- und Intensivtäter beim Jugendamt Köln. In: Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention (Hg.): Schnelle Reaktion. Tatverdächtige Kinder und Jugendliche im Spannungsfeld zwischen beschleunigtem Verfahren und pädagogischer Hilfe. München 2001 (DJI-Materialien), S. 29-40

Schreiber-Kittl, Maria: Alles Versager? Schulverweigerung im Urteil von Experten. DJI-Arbeitspapier aus dem Forschungsschwerpunkt: Übergänge in Arbeit, 2001

Schwabe, Mathias: Das Hilfeplan-Gespräch nach § 36 KJHG: Eine "bescheidene" Übung zwischen ideologischer Überfrachtung und strukturellen Widersprüchen. In: Forum Erziehungshilfen 4/1996, S. 164-172

Seligmann, Martin E. P.: Erlernte Hilflosigkeit. Beltz Psychologie VerlagsUnion, Weinheim 1979

Silbereisen, Rainer K./Zinnecker, Jürgen (Hg.): Entwicklung im sozialen Wandel. Beltz Psychologie Verlags-Union Weinheim 1999

Walper, Sabine: Psychosoziale Folgen von Armut für die Entwicklung von Jugendlichen: In: Unsere Jugend, Heft 9/2001

Autorin:

Dr. Hanna Permien, Dipl.-Psych., Wiss. Referentin am Deutschen Jugendinstitut, Nockherstr. 2, 81541 München, permien@dji.de

Jugendkunstschule Karlsruhe

Modellprojekt „Bitte wenden! Kunstaktionen auf der Rückseite der Stadt“ des bjke Bundesverband Jugendkunstschulen und kulturpädagogische Einrichtungen e.V.

Aktion Domino 189 Ein Projekt vom Jugendzentrum Weiße Rose / Karlsruhe Oberreut und der Jugendkunstschule Karlsruhe

Die Projektidee

Hinter dem Titel Aktion Domino 189 verbirgt sich ein Projekt der Jugendkunstschule und des Stadtjugendausschuss e.V., das im September im Karlsruher Stadtteil Oberreut startete. 189 leitet sich von der Postleitzahl 76189 ab und ist als Begriff der Zugehörigkeit zu ihrem Stadtteil Oberreut unter Jugendlichen gebräuchlich. Der Dominostein steht für das Zusammenwirken des Einzelnen im größeren Ganzen. Stein um Stein soll mit dieser Aktion das partnerschaftliche Zusammenwirken der Bewohner/innen gefördert und verbessert werden.

Zweihundertsiebzig Kinder und Jugendliche, darunter auch Schulklassen, sind dem Aufruf – Du kannst was! Komm mach mit! – des Gemeinschaftszentrums Weiße Rose und der Jugendkunstschule gefolgt. Sie erstellten in den ersten drei Septemberwochen innerhalb von offenen Aktionen und mehrtägigen Workshops über 200 beeindruckende Bildwerke in den Proportionen eines Dominosteins. Betreut wurden die Veranstaltungen von KünstlerInnen aus der Jugendkunstschule und zusätzlich von KollegInnen aus der Weißen Rose. Den Abschluss der praktischen Phase bildete ein Kinderfest am 21.9.2002.

Dann wurden die wetterfesten Bildsteine aus Holz, Metall, Ton oder Beton, farblich zum Teil mit Mosaiken, Graffiti oder Malerei gestaltet, zunächst 14 Tage lang im Gemeinschaftszentrum „Weiße Rose“ öffentlich präsentiert. Die feierliche Eröffnung der Ausstellung durch Oberbürgermeister Heinz Fenrich fand ebenfalls am 21.9.2002 im Anschluss an das Kinderfest statt.

Die Installation der Objekte an öffentlich einsehbaren Hauswänden und Mauern im Stadtteil wird in den kommenden Monaten bis zum Jahresende 2002 erfolgen.

Die Zielgruppe

Ein Ziel der Aktion war es, diejenigen Kinder und Jugendlichen aus sozial unterschiedlichen Wirklichkeiten zu erreichen, die die freizeitpädagogischen Angebote des Jugendhauses und der Jugendkunstschule nicht nutzen und zumeist geringen Zugang zu Kunst und Künstler/innen haben.

Daher entschieden wir für eine Mischung der Angebotsformen und -strukturen:

- 9 mobile Werkstätten in der ersten Woche an verschiedenen öffentlichen Orten und Treffpunkten im Stadtteil.
- 2 Werkstattwochen mit insgesamt 14 Workshops am Vor- und Nachmittag und am frühen Abend.
- Offene Werkstätten beim Stadtteilkinderfest.

Um auf breiter Basis an die Interessen, Fähigkeiten und Vorerfahrungen der Kinder und Jugendlichen anzuknüpfen, boten wir verschiedene gestalterische Techniken an:

- Schweißen
- Betonguss
- Graffiti
- Mosaik
- Ton
- Malerei

Diejenigen, die sich zunächst nicht zutrauten kreativ bzw. künstlerisch zu arbeiten, fanden den Einstieg über handwerkliche Tätigkeiten, wie betonieren oder Kacheln zerschlagen, aufkleben und ausfugen. Bei vielen Kindern und Jugendlichen wuchs die Begeisterung mit dem Tun, und es entstanden Werke, auf die sie sehr stolz waren. Viele Kinder und Jugendliche aus den unterschiedlichen Wohngebieten von Oberreut, die vermutlich sonst wenig Berührungspunkte haben, wurden gemeinsam aktiv. Indem die Arbeiten nun für einen längeren Zeitraum an öffentlich einsehbaren Plätzen im Stadtteil präsentiert werden, kann man das kreative Potential der Kinder nochmals in einer anderen Weise sichtbar machen.

Unsere Werbung für die Aktion

Um auf die Aktion Domino 189 aufmerksam zu machen, veranstalteten wir eine

Pressekonferenz mit Herrn Bürgermeister Denecken.

Außerdem wurden sämtliche Arbeitskreise, Gremien, Institutionen und Vereine im Vorfeld über die Aktion informiert (Interessengemeinschaft Oberreut, Arbeitskreis kinderfreundliches Oberreut, Arbeitskreis Stadtteil-Kinderfest, Sozialer Dienst, Kirche, Arbeiterwohlfahrt, Kinderschutzbund, Vereine, Wohnungsbaugenossenschaften).

Flyer mit Anmeldecoupons wurden im gesamten Stadtteil ausgelegt, an Institutionen und Kooperationspartner verschickt und in allen Schulklassen sowie während der mobilen Wochen verteilt.

Den Bus der Weißen Rose beklebten wir mit fetten Lettern: AKTION 189.

Zu Beginn der mobilen Woche fuhren wir mit dem „Werbibus“, einem Megaphon und Musik durch Oberreut, um die Kinder zu den momentan stattfindenden Aktionen zu lotsen und für die weiteren Angebote zu werben.

Die Teilnehmer/innen

Die Angebote der Aktion Domino 189 wurden für Kinder von 6-12 Jahren und für Jugendliche von 12-18 Jahren konzipiert.

In der ersten Woche haben sich ca. 30 Kinder und 30 Jugendliche an den mobilen Angeboten im Stadtteil beteiligt. Die beiden folgenden Werkstattwochen mit insgesamt 14 Werkstätten waren komplett ausgebucht, d.h. hier arbeiteten ca. 170 Kinder und Jugendliche mit.

Die offenen Workshops beim Stadtteil-Kinderfest wurden von weiteren 30 bis 40 Kindern wahrgenommen.

Der Mädchenanteil lag bei allen Angeboten bei mindestens 50%, bisweilen erhöhte sich dieser auf über 60%, z.B. beim Graffiti-Workshop.

Ein Teil der Kinder und Jugendlichen hat Migrationserfahrung, vor allem die Kinder der deutschen Staatsbürger/innen aus den ehemaligen Ostblockstaaten.

Außerdem nahmen am Projekt Kinder der zweiten und dritten Generation von Migrantenfamilien teil, die hauptsächlich aus der Türkei, Spanien, Italien und dem ehemaligen Jugoslawien stammen, d.h. diese Kinder haben selbst keine Migrationserfahrung.

Insgesamt haben ca. 270 Kinder und Jugendliche, 8 Künstler/innen der Jugendkunstschule, 7 Mitarbeiter/innen der Weißen Rose und 4 Lehrer/innen, sowie einige weitere Helfer/innen an der Durchführung der Aktionen und Workshops mitgewirkt.

Die Projektpartner/innen

Projektpartner/innen der Jugendkunstschule und der Weißen Rose waren für die Aktion die Grund- und Hauptschule im Stadtteil, die Stadtteilmanager, der Bürgerverein und nicht zuletzt die Bewohner/innen des Stadtteils. Für die Platzierung der Objekte im Stadtraum arbeiten wir zusammen mit den Arbeitsförderungsbetrieben, der Interessengemeinschaft Oberreut (IGO), dem Hochbauamt, dem Gartenbauamt, dem Kulturreferat, dem im Stadtteil vertretenen Wohnungsbaugenossenschaften und den anwohnenden Stadträten.

Der nächste Schritt

Für die einzelnen Domino-Bilder werden noch Paten gesucht, die bereit sind mit einer Spende dazu beizutragen, dass „Stein um Stein“ das kreative Schaffen der Kinder und Jugendlichen in Oberreut weitergeführt werden kann. Denn mit den Spenden sollen zukünftige kulturelle Kinder- und Jugendprojekte im Stadtteil finanziert werden.

Das erste Fazit

Für alle Kinder, Jugendlichen, Künstler/innen, Kolleg/innen der Jugendkunstschule, Mitarbeiter/innen im Kinder- und Jugendhaus und Lehrer/innen war dieses Projekt einzigartig in der Form der Kooperationen und in der Vielfalt an Lernfeldern und Erfahrungsräumen.

Große Anerkennung und Unterstützung erfuhr es im Stadtteil, z.B. vom Bürgerverein, den Stadträten, den Institutionen und Bürger/innen und natürlich auch den Eltern der Kinder. Auch die Presse vor Ort sowie zwei Hörfunksender (SWR und Lernradio Bruchsal) berichteten mehrfach über die Aktionen.

Es gelang die Kompetenzen der Kinder und Jugendlichen aus ungleichen sozialen Lagen sichtbar zu machen und damit eine positive Signalwirkung in der breiten Öffentlichkeit zu erzielen.

Kinder und Jugendliche brauchen Ausdrucksformen, um sich direkt mit sich und der Welt auseinanderzusetzen. Dass die Kulturpädagogik Möglichkeiten eröffnet, mit Benachteiligungen aktiv, gestaltend und verändernd umzugehen, konnten die Beteiligten von Aktion Domino 189 unmittelbar erfahren.

**Reinhold Buhr, Verein für Jugendhilfe,
Karlsruhe**

Beispiel Karlsruhe: Der Verein für Jugendhilfe

Als Vorsitzender des Vereins für Jugendhilfe e.V. in Karlsruhe bedanke ich mich sehr herzlich bei den Veranstaltern, dass wir uns in diesem Forum als ein freier Träger der Jugendhilfe in der Stadt Karlsruhe vorstellen dürfen.

Vorstellen möchte ich auch Herrn Kieser, der im Verein die Jugendhilfe betreut, und Herrn Kowatsch, der der Straffälligenhilfe vorsteht. Sie werden auf Wunsch nachher kurz über den TOA, Sozialen Trainingskurs, das Anti-Aggressions-Training, Diversion sowie über das Projekt SOGAR referieren.

Der Verein

Der VfJ, 1955 gegründet, hat sich anfangs um durch Krieg und Vertreibung heimatlos gewordene Jugendliche und junge Erwachsene gekümmert. Gründungsmitglieder waren Persönlichkeiten aus verschiedenen Bereichen der Sozialen Arbeit, der Justiz, der Arbeitsverwaltung und der Wohlfahrtspflege. Auf ihre Mitgliedschaft legen wir auch heute noch großen Wert. Einzigartig ist, dass bei uns unter einem Dach Vertreter/innen der Justiz und der Jugendhilfe zusammenarbeiten.

Seine Tätigkeit

Verschiedene Projekte und Hilfen im Bereich der Jugend-, aber auch in der Straffälligenhilfe wurden über die Jahre entwickelt und in die Praxis umgesetzt. Wir waren z.B. einer der ersten freien Träger, der straffällige Jugendliche – im Neuen Christophorus-Haus – in städtischer Umgebung integrativ aufgenommen, untergebracht und betreut sowie den TOA durchgeführt hat.

Die einzelnen Hilfen und Angebote haben sich weiter entwickelt und auch wir legen einzelne Projekte heute vermehrt sozialraumorientiert aus. Unser Verein hat u.a. für die Südstadt in Karlsruhe ein „sozialraumorientiertes Ganztagsbetreuungskonzept“ (SOGAR) entwickelt. Es handelt sich dabei um ein Projekt im Bereich der Prävention zum verbesserten Übergang von der Schule in den Beruf. Wir sind außerdem bestrebt, durch unterschiedliche Aktivitäten das Neue Christophorus-Haus zum Jugendhilfezentrum Süd zu entwickeln. Dort führen wir erfolgreich mit Hilfe der Stadt und der EU das Pro-

jekt „Wohnen und Arbeiten“, aber auch das betreute Jugendwohnen und den Hauptschulkurs durch.

Gleichzeitig sind wir in der Straffälligenhilfe „Schwitzen statt Sitzen“ (Haftvermeidung durch soziale Arbeit) mit dem Justizministerium in Baden-Württemberg erfolgreich gestartet. Ebenso werden wir Anfang 2003 zusammen mit der Stadt Karlsruhe die Täterberatungsstelle bei Gewalt im sozialen Nahraum beginnen.

Wesentlich für die Realisierung dieser Projekte ist die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit sowie Vernetzung mit den verschiedenen Partner/innen der Justiz und der Sozial- und Jugendbehörde.

Ausblick

Wir werden weiterhin verstärkt und fachübergreifend durch kooperative Jugendhilfe in sozialen Brennpunkten zur Verhinderung von Kriminalität und Gewalt tätig werden.

Da gibt es noch viel zu tun.

**Manfred Dorfner, Kriminaloberrat
Geschäftsführer des Modellprojekts
„Haus des Jugendrechts“ in Stuttgart**

Das „Haus des Jugendrechts“, Stuttgart-Bad Cannstatt, stadtteilorientierte Kooperation von Jugendamt, Polizei und Amtsgericht

Allgemeines

Das bundesweit bislang einmalige Modellprojekt „Haus des Jugendrechts“ im Stuttgarter Stadtteil Bad Cannstatt hat seine 3-jährige Modellphase am 31. Mai 2002 beendet.

Der wissenschaftliche Abschlussbericht des Instituts für sozialpädagogische Forschung Mainz e.V. (ISM) über die Projektlaufzeit von 3 Jahren wird in den nächsten Tagen erwartet. Die am Projekt unmittelbar beteiligten Mitarbeiter/innen sowie die Projektleitungsgruppe aus Vertreter/innen der Staatsanwaltschaft Stuttgart, der Landespolizeidirektion Stuttgart II, des Jugendamtes – Jugendgerichtshilfe – der Landeshauptstadt Stuttgart sowie des Amtsgerichts Stuttgart-Bad Cannstatt, haben einen praktisch orientierten Erfahrungsbericht erstellt, der bereits erste Erkenntnisse vermittelt.

Entstehungsgeschichte und Projektphilosophie

In der Planungsphase des Projektes im Jahr 1997 stellte sich die Ausgangslage in Stuttgart wie folgt dar:

Das Thema Jugendkriminalität stellt einen absoluten Kriminalitätsbrennpunkt dar. In etwa jeder 4. ermittelte Straftäter in Stuttgart ist noch keine 21 Jahre alt (sogenannte Jungtäter). Steigende Fallzahlen im Bereich der jugendspezifischen Gewaltkriminalität, so insbesondere bei Körperverletzungs- und Sachbeschädigungsdelikten sind statistisches Spiegelbild zunehmender Gewaltbereitschaft unter jungen Menschen. Auch in Stuttgart werden jugendliche Straftäter nicht nur immer brutaler, sondern auch immer jünger. Zugleich nehmen Ladendiebstähle junger Menschen immer mehr zu. Mit dieser Entwicklung lag Stuttgart durchaus im Landes- und bundesweiten Trend.

Dem gegenüber steht ein Jugendstrafverfahren, dessen Sanktionsmechanismen für den Jugendlichen häufig erst Monate später zu spüren sind. Kennzeichnend hierfür sind

aufwendige und zeitraubende Abstimmungsprozesse, langwierige schriftliche Verfahren und häufig ein junger Mensch, der sich am Ende dieses Verfahrens an die Tat kaum mehr erinnern kann. Mit der Zeit schwindet das Unrechtsbewusstsein, die Einsichtsfähigkeit lässt nach. Mit zunehmendem zeitlichem Abstand zur Tat wird die Strafe als ungerecht empfunden, im Extremfall entwickelt sie kontraproduktive Wirkungen.

Inspiziert von den sog. Midtown community courts, einer Einrichtung aus dem Bereich des anglo-amerikanischen community-policing, reifte im damaligen Stuttgarter Polizeipräsidenten Dr. Volker Haas die Idee von einem Haus, unter dessen Dach alle am Jugendstrafverfahren beteiligten Behörden in einer unbürokratischen Art zusammen arbeiten sollten. Den vielschichtigen Ursachen von Jugendkriminalität und Jugenddelinquenz sollte über einen ganzheitlichen Reaktionsansatz, d.h. eine gemeinsame Strategie aller Beteiligten, begegnet werden. Die aufeinander abgestimmte Ausschöpfung der gesamten Palette von Maßnahmen nach dem Jugendgerichtsgesetz, dem Kinderjugendhilfegesetz, dem Jugendgerichtsgesetz der Strafprozessordnung sowie begleitender Verwaltungsvorschriften sollte eine individuell-maßgeschneiderte Reaktion auf das Fehlverhalten junger Menschen ermöglichen. Sie sollten bereits an der Schwelle zur Kriminalität erreicht werden, um so Delinquenzkarrieren bereits im Ansatz zu erkennen und nach Möglichkeit zu verhindern. Langfristig sollte über diesen Weg durch eine größere Effizienz der Bekämpfungsmaßnahmen natürlich auch eine Reduzierung der Jugenddelinquenz bewirkt werden.

Projektorganisation

Als Projektgebiet wurde der Stadtteil Stuttgart-Bad Cannstatt mit ca. 65.000 Menschen und einer Fläche von 17 qkm ausgewählt. Das Projektgebiet war überschaubar und deckte sich darüber hinaus mit den Zuständigkeitsbereichen von zwei Polizeirevieren und einem Amtsgerichtsbezirk. Zudem ließ die Größe des Projektgebietes fundierte wissenschaftliche Aussagen im Rahmen der begleitenden Evaluation durch ein sozialwissenschaftliches Institut erwarten.

Mit finanzieller Unterstützung der Landeshauptstadt Stuttgart wurde im Projektgebiet ein ehemaliges Firmengebäude angemietet und den Bedürfnissen des Projektes entsprechend ausgestattet.

Die Polizei Stuttgart richtete im „Haus des Jugendrechts“ eine spezielle Dienststelle ein, die Staatsanwaltschaft entsandte eine Referentin. Die Jugendgerichtshilfe beim Jugendamt der Stadt Stuttgart war mit vier Mitarbeitern vertreten. Das Amtsgericht Stuttgart-Bad Cannstatt beteiligte sich am Modellprojekt über eine beschleunigte Verfahrensabwicklung, blieb jedoch aus nachvollziehbaren Gründen der richterlichen Unabhängigkeit in seinen eigenen Diensträumen.

Elemente der neuen Zusammenarbeit – Die Besonderheiten im „Haus des Jugendrechts“

Zur Verbesserung der Kommunikation und Kooperation zwischen den Projektbeteiligten wurden unterschiedliche Projektelemente (Module) entwickelt, so z.B. monatliche Hauskonferenzen, Frühbesprechungen und Fallkonferenzen.

Für die Projektbeteiligten gelten die für sie jeweils gültigen bereichsspezifischen rechtlichen und datenschutzrechtlichen Regelungen. Die Dienst- und Fachaufsicht wird von den jeweiligen Stammbehörden ausgeübt.

Alle Projektbeteiligten arbeiten nach dem sogenannten Wohnortprinzip. Für die Staatsanwaltschaft, die Jugendgerichtshilfe und das Amtsgericht war diese Bearbeitungszuständigkeit auf Grund schon lange gültiger einschlägiger Bestimmungen nichts Neues. Für die Polizei, die bundesweit nach dem Tatortprinzip arbeitet, hatte dies einschneidende Änderungen der Organisations- und Geschäftsstruktur zur Folge. In der Praxis heißt dies, dass alle jugendlichen Beschuldigten mit Wohnort Stuttgart-Bad Cannstatt, unabhängig davon, in welchem Stadtteil sie von der Polizei auf frischer Tat ertappt werden, an das „Haus des Jugendrechts“ überstellt werden.

Unter diesen Umständen stellt sich der Verfahrensablauf wie folgt dar:

Der Anzeigerstattung erfolgt eine sofortige Vorausmeldung an die Staatsanwaltschaft durch die Polizei.

Die Staatsanwaltschaft informiert die Jugendgerichtshilfe.

Es erfolgen Überlegungen zu diversen ambulanten Maßnahmen und ergänzende Diversionsüberlegungen im Zusammenwirken mit der Jugendgerichtshilfe in einem möglichst frühen Verfahrensstadium. In dieser Phase nimmt die Jugendgerichtshilfe eine Art Drehscheibenfunktion wahr.

Erst danach erfolgt die Abschlussverfügung durch die Staatsanwaltschaft.

Dem Amtsgericht werden die Akten direkt übersandt. Die Verfahren werden außerhalb des üblichen Geschäftsablaufes sofort dem Jugendrichter vorgelegt. Termine werden soweit als möglich an bereits bestehende Sitzungstage angehängt. Die Sitzungsververtretung in der Hauptverhandlung übernimmt die Staatsanwaltschaft im „Haus des Jugendrechts“.

Prävention als 2. Säule des Projektes

Im Verlauf des Projektes hat sich die Prävention als 2. tragende Säule der Projektarbeit entwickelt. Im Mittelpunkt steht die Präventionsarbeit an und mit den Schulen. Als überaus gewinnbringend hat sich in diesem Zusammenhang die Einrichtung einer speziellen „Präventionsstelle“ erwiesen, die von Firmen der Privatwirtschaft im Wege des Sozialsponsorings finanziert wurde und die sich schwerpunktmäßig auf Tätigkeiten im Grenzbereich zur Schulsozialarbeit betätigt. (z.B. Kompetenztraining für Problemschüler/innen, Lehrer/innen und Eltern).

Erfolge im „Haus des Jugendrechts“

Primäres Ziel im „Haus des Jugendrechts“ ist die qualitative Verbesserung des Jugendstrafverfahrens. Gleichwohl ist der Aspekt der Verfahrensbeschleunigung durchaus nicht zu vernachlässigen. Üblicherweise gibt es in solchen Fällen keine Vergleichsdaten. In Stuttgart gab es jedoch ein Jahr vor Projektbeginn ein Forschungsprojekt des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen zum Thema „Jugendgewalt in Stuttgart“, das sich schwerpunktmäßig mit Delikten der Gewaltkriminalität befasste. „Im Vergleich zu diesen Erhebungen liefen die Verfahren im „Haus des Jugendrechts“ beeindruckend schnell ab“ – so die Aussage der wissenschaftlichen Begleituntersuchung. Im Vergleich zur Pfeiffer-Studie haben sich die Bearbeitungszeiten im „Haus des Jugendrechts“ nahezu halbiert. Dabei kommen Diversionsüberlegungen im Zusammenwirken mit der Jugendgerichtshilfe verstärkt zum Tragen. Im Hinblick auf Art und Schwere der getroffenen Maßnahmen unterscheidet sich das Sanktionsverhalten von Staatsanwaltschaft und Amtsgericht allerdings nicht wesentlich von den Ergebnissen der „normal“ arbeitenden Justizbehörden. Naheliegend ist natürlich die Frage nach dem Erfolg unter Zugrundelegung input- und outputorientierter Erfolgsparameter, so insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Fallzahlenentwicklung oder der Entwicklung

der Rückfallhäufigkeit bei betroffenen Jugendlichen. Aussagen zu letzterem sind nach Bewertung der wissenschaftlichen Begleitung allerdings frühestens nach einer Projektlaufzeit von 6 Jahren möglich.

Ausblick / Perspektive

Nach Vorliegen des wissenschaftlichen Abschlußberichtes ist es an der Politik, die in diesem Zusammenhang entscheidenden Fragen zu beantworten:

- Soll das Cannstatter „Haus des Jugendrechts“ fortgeführt werden?
- Sollen weitere „Häuser des Jugendrechts“ eingerichtet werden ?
- Kann ein „Haus des Jugendrechts“ auch in der Fläche eingerichtet werden?

Aufgrund ihrer insgesamt sehr positiven Erfahrungen plädieren alle Projektbeteiligten zumindest für eine Fortführung des Cannstatter Modellprojekts,

- weil es spürbare qualitative Verbesserungen des Jugendstrafverfahrens und optimierte Arbeitsabläufe im Bereich der Kriminalitätsvorbeugung mit sich bringt
- und weil aus der Projektarbeit im „Haus des Jugendrechts“ eine Vielzahl von Erfahrungen für künftige Strategien gewonnen werden kann.

Allerdings sollte eine Fortführung mit einer wissenschaftlichen Begleituntersuchung verbunden werden, da nur so mittel- und langfristig empirische Erkenntnisse über die Resozialisierung von Problemjugendlichen und eine Reduzierung der Jugendkriminalität im Stadtteil erlangt werden können.

Alternativ zur Einrichtung idealtypischer bzw. klassischer Häuser des Jugendrechtes bieten sich sowohl für ländliche Bereiche als auch für großstädtische Ballungsgebiete auch Bereichslösungen an. Dabei könnten z.B. durch Benennung fester Ansprechpartner die Organisations- und Kommunikationsstrukturen verbessert und Arbeitsabläufe standardisiert werden, z.B. über die Durchführung von regelmäßigen Fallkonferenzen.

Entscheidend für das Funktionieren derartiger Modelle wird in jedem Einzelfall die Kooperationsbereitschaft aller Projektbeteiligten sein. Jede/r muss bereit sein, Verständnis für Aufgaben und Ziele auch des/der jeweils anderen Projektbeteiligten zu entwickeln.

Bericht aus dem Workshop

Insbesondere zum Beitrag von Herrn Dorfner tauchten einige Fragen auf, die sich mit dem spezifischen Ansatz befassten. Zusammenfassen lassen sie sich wie folgt:

- Inwiefern lässt sich die Einrichtung einer solchen Institution gerade auch in ländliche Bereiche übertragen? Insbesondere die Stadtteilorientierung fällt hier fast völlig weg.
- Welchen Beitrag kann eine solche Einrichtung zur Prävention leisten?
- Herausgearbeitet wurde nochmals insbesondere die Verfahrensbeschleunigung, die die Einsicht in Straftaten erhöht.
- Eine weitere zentrale Funktion wurde in der Dunkelfeldaufhellung gesehen.
- Problematisch wurde hingegen das Vertrauensproblem gegenüber der Jugendgerichtshilfe gesehen, sitzt diese mit Staatsanwaltschaft und Polizei in einem Haus.

Dirk Sold, Jugendamt des Stadtverbandes Saarbrücken – Abteilung Offene Kinder- und Jugendarbeit

SPACE

Flächenbörse für Graffiti

Ein Projekt des Vereins

Saargebeat e.V.

Einleitung

Der Verein Saargebeat e.V. ist aus einer Initiative Jugendlicher entstanden, die sich bereits seit ca. zwei Jahren für die Förderung der Hip-Hop-Kultur im Saarland einsetzt. Hauptanlaufstelle für die Hip-Hop-Kultur war das Jugendzentrum Försterstraße in Saarbrücken. Durch eine dort forcierte szeneorientierte Jugendarbeit entstanden gute Kontakte zur saarländischen Hip-Hop-Szene. Am 23. September 2001 trafen sich Rapgruppen wie „Asphalt Literaten“, „Bloodsport“, „Buba Sok“, „Dichtungsring“, „High Headz“, „Prometheus“, „Adrenalin“, „Munitionzdepot“ und „Saarpreme“ (uvm.), um über die zweite „Saargebeat“-CD des Jugendamtes des Stadtverbandes Saarbrücken zu diskutieren. Dabei entwickelte sich eine Diskussion über Sinn und Unsinn einer Community in Vereinsform. Nach zwei Stunden waren sich die Beteiligten einig, dass es Sinn macht, sich zusammen zu schließen. Einen Monat später trafen sich ca. 30 Personen um den Verein Saargebeat e.V. ins Leben zu rufen.

Ziel ist es Kräfte zu bündeln. Viele Crews arbeiteten bisher mehr nebeneinander bzw. gegeneinander statt an einem Strang zu ziehen. Die Probleme lagen auf der Hand: es gab bisher keine neutrale Plattform im Saarland (außer dem Jugendzentrum Försterstraße), keine Szene-Internet-Site war frei von Lokalpatriotismus und die meisten Crews versuchten mehr oder weniger erfolgreich sich selbst zu verbuchen. Auch legale Sprühmöglichkeiten gab es sehr wenige im Saarland. Und wenn, dann hatten einzelne Künstler diese meist für sich selbst organisiert. Die Idee der legalen Flächenbörse war geboren. Wir wollten Künstler/innen und Firmen, Kommunen sowie Privatleute zusammenbringen.

Die Anstrengungen führten im Oktober 2001 zur Vereinsgründung. Der Verein fördert Hip-Hop als Jugendkultur. Sein Motiv ist es, aggressive Energie in Kreativität umzuwandeln. Deshalb ist es ein Schwerpunkt, legale Wände für Sprühmöglichkeiten zu su-

chen, um illegalem Sprühen entgegen zu wirken. Außerdem ist es die Aufgabe des Vereins Ausstellungen zu ermöglichen, Breakdancern und Rappern Übungsmöglichkeiten zu bieten und ihnen Auftritte zu verschaffen. Dazu dient in erster Linie die Unterhaltung der interaktiven Internetplattform www.saargebeat.de. Darüber hinaus sollen Tanz- und Musikworkshops durchgeführt werden.



Graffiti

[...] ursprüngliche Bezeichnung für in eine Hausmauer gekratzte anonyme Inschriften [...]; im weiteren Sinne Sammelbezeichnung für alle Formen von meist anonymen Inschriften oder bildlichen Darstellungen an in der Regel öffentlich zugänglichen Orten. Graffiti als spontane, unakademische künstlerische Äußerungen fanden erst im Lauf des 20. Jh. wachsende Beachtung (G.-Photographien von G. Brassai, 1932-1938). Im Zuge der Protestbewegung der 60er und 70er Jahre begann – ausgehend von den USA – eine lebhafte Graffitiproduktion. In Sprühtechnik ausgeführte Übermalungen als Ausdruck sozialer und politischer Unzufriedenheit prägen immer stärker den urbanen Raum (New Yorker U-Bahn-Wagen als mobiles Kunstwerk; ehemalige Berliner Mauer). Von dieser Welle beeinflusst, vollzog sich die Etablierung der Graffitimalerei als institutionalisierter [sic] und kommerzialisierter [sic] Kunstform (K. Haring).¹

Graffiti Definition nach Wiener Graffiti-Archiv ®

Graffiti ist heute ein Oberbegriff für viele thematisch und gestalterisch unterschiedliche Erscheinungsformen. Die Gemeinsamkeit besteht darin, dass es sich um visuell wahrnehmbare Elemente handelt, welche ungefragt und meist anonym von Einzelpersonen oder Gruppen auf fremden oder in öffentlicher Verwaltung befindlichen Oberflächen angebracht werden.

¹Quelle Goldmann Lexikon, München 1998

Zur aktuellen Situation

Farbsprühereien (Graffiti) verursachen in Deutschland jedes Jahr Schäden in Höhe von mindestens 200 Millionen Euro. Davon entfallen rund 100 Millionen Euro auf öffentliche Verkehrsmittel, 60 Millionen Euro auf private und 40 Millionen Euro auf öffentliche Gebäude. Dies hat der Deutsche Städtetag in einer Untersuchung herausgefunden, die in der nächsten Ausgabe der Zeitschrift „der städtetag“ veröffentlicht wird.

Der Studie des Deutschen Städtetages lag eine Umfrage unter 26 deutschen Städten mit mehr als 100.000 Einwohner/innen zugrunde. Danach werden die illegalen Graffiti seit einigen Jahren in deutschen Großstädten verstärkt bekämpft. Der Grund: seit Ende der 90er Jahr haben Graffiti, die Wände und Gebäude verunstalten, drastisch zugenommen. Diese Entwicklung ist auch in Saarbrücken zu beobachten.

Da die Mehrheit der Bevölkerung Graffiti als störend und abträglich für das eigene Sicherheitsgefühl empfindet, werden die Diskussionen, ob es sich dabei um Kunstwerke oder Farbschmierereien handelt, schnell überflüssig, wenn Graffiti ohne Einwilligung des Eigentümers der besprühten Fläche angebracht werden. Die Darstellungen werden mit Farbspraydosen gesprüht, mit Textmarkern (Edding-Stiften) gemalt oder mit Werkzeugen eingekratzt. In diesen Fällen begehen die Täter eine Sachbeschädigung, für die sie straf- und zivilrechtlich zur Verantwortung gezogen werden können.²

Ziele

„Space“ ist der Name für ein Projekt, das dem illegalen Sprühen von Graffiti entgegen wirken und jungen Graffitikünstler/innen eine Lobby sein soll. Geplant ist die Einrichtung einer Flächenbörse. Institutionen, Betriebe und Privatleute, die über zumeist graue Wände verfügen, können diese jungen Graffitikünstlern zur Verfügung stellen. Die Vermittlung zwischen Flächenanbieter/innen und Künstler/innen geschieht über die Internetplattform von saargebeat e.V., der die Flächenbörse betreut.

Um die Flächenbörse aufzubauen, war es notwendig in der Öffentlichkeit eine Diskussion über Graffitikunst zu führen, mit dem Ziel, die negative öffentliche Meinung über

Graffiti positiv zu beeinflussen. Dies sollte mit Hilfe von Informationsveranstaltungen für Institutionen, Bürger/innen und Betriebe, Diskussionsveranstaltungen mit Jugendlichen, Vertreter/innen von Behörden, der Jugendhilfe und Betrieben geschehen. Am Ende stand die Eröffnung der Flächenbörse mit der Gestaltung einer Modellwand. Ziel war es, dass die Flächenbörse zu einer ständigen Einrichtung im Saarland wird.

Hauptziel ist die Bereitstellung positiver Handlungsalternativen. Wer legal sprühen möchte, muss dazu auch die Möglichkeit haben.

Durch die Einrichtung einer Flächenbörse sowie der dauerhaften Freigabe einer Übungswand, könnten Politik und Medien ein Zeichen gegen die generelle Verteufelung dieses jugendkulturellen Phänomens setzen. Die reine Konzentration auf Strafverfolgung der Jugendlichen würde nicht zu den vielleicht erhofften Ergebnissen führen. Sinnvoller wäre es auf ihre Interessen teilweise einzugehen. Die wenigsten Sprüher/innen des harten Kerns der Szene hören nachdem sie erwischt wurden auf, da sie sich mit der Graffiti- und Hip-Hop-Kultur identifizieren. Diese Jugendlichen könnte man aber in eine positivere Richtung lenken.

Zielgruppe

Zielgruppe sind Jugendliche, die sich mit der Hip-Hop-Kultur identifizieren, in erster Linie junge Graffiti-Künstler/innen, sowie Firmen, Behörden und Privatleute, die über „nackte Wände“ verfügen. Die Schaffung einer legalen Fläche – Hall of Fame – soll zur Verständigung zwischen Sprüher/innen und Stadt bzw. Bürger/innen führen.

Ablauf

Am Anfang der Bemühungen stand ein Antrag beim Jugendamt des Stadtverbandes Saarbrücken und des Fonds Soziokultur (Kulturgelder des Bundesrates). Beide Institutionen unterstützten Saargebeat e.V. bei diesem Projekt. Zudem hatte das Agenda 21 - Projekt der Landeshauptstadt Saarbrücken (Frau Eva-Marie Rätius) bereits auf die Freigabe der Autobahnmauer am Staden hingewirkt.

Einweihung der Hall of Fame durch „4560 – Graffiti – Meeting“

Für einen erfolgreichen Start der Flächenbörse organisierte Saargebeat e.V. im August 2002 eine mehrtägige Wochenendver-

² Verunreinigungen von Flächen in den Stadtteilen des Stadtbezirkes Mitte durch Graffiti, Landeshauptstadt Saarbrücken, Drucksache 0488/02

anstaltung mit geladenen Gästen aus der nationalen und internationalen Graffiti-Szene. Sie standen bereits in Kontakt mit den besten Sprüher/innen Deutschlands, Europas und den USA (insbesondere New York), Frankreich und Italien. Geplant war eine große Konzeptwand, die von den geladenen Malern zusammen mit lokalen Kolleg/innen entstehen sollte. Durch die zentrale Lage einer 450 Meter langen Mauer gegenüber des Naherholungsgebietes Staden war ein großes öffentliches Interesse abzusehen. Unterstützt durch die Redaktion „Saarlight“ des Saarländischen Rundfunks, das saarländische Wirtschaftsministerium, das Referat KIDS der Landeshauptstadt Saarbrücken und einigen Sponsoren wurde das Event geplant.

Die Wand wurde komplett von den Graffiti-Sprüher/innen selbst gestrichen, über 30 Jugendliche engagierten sich in den Tagen vor der Veranstaltung für ihre Kunstrichtung. Dabei wurden die Jugendlichen aktiviert darauf zu achten, dass es während der Veranstaltung zu keinen Sachbeschädigungen im Stadtgebiet kommen darf, damit eine Legalisierung der Wand erfolgt. Hierzu wurde eigens ein sogenannter „Bomber-Zettel“ entworfen, der auch allen eingeladenen Künstler/innen gereicht wurde.

Flankiert wurde die Gestaltung der Mauer durch eine Podiumsdiskussion. Diese Diskussion wurde vom Saarländischen Rundfunk übertragen. Am ersten Tag der Graffiti-Veranstaltung am Staden fand eine Diskussionsrunde mit Vertreter/innen verschiedener Parteien, die mit Graffiti im Zusammenhang stehen, statt.

In dieser Runde waren vertreten:

- Oberbürgermeister Hoffmann, Stadt
- illegale Graffiti-Szene (MASON, Dortmund)
- Frederik Brockmeyer, Saargebeat e.V.
- Barbara Uduwerella, Sozialarbeiterin, HipHop Hamburg e.V.
- Martin Hoffmann, Polizei, Sachgebietsleiter Jugendkriminalität)

Dabei wurden folgende Themen diskutiert:

- Fördert die Schaffung legaler Flächen illegales Graffiti oder wirkt sie ihm entgegen?
- Ist Graffiti Kunst oder Vandalismus?
- Existieren Wege zur Prävention statt Kriminalisierung?

In den nächsten Tagen wurde gesprüht (Fr – So) und in der darauffolgenden Woche gemeinsam mit lokalen Sprüher/innen nachbereitet. Die Hoffnung auf eine dauerhafte

Übungsfläche motivierte weite Teile der Szene mit anzupacken.

Nachhaltigkeit

Die Wand am Staden wurde nach drei Wochen von der Landeshauptstadt und vom Wirtschaftsministerium für eine Pilotphase von drei Jahren freigegeben. Seither treffen sich dort Sprüher geplant oder ungeplant an der Wand und sprühen in aller Öffentlichkeit.

Flächenbörse

Durch die intensive Berichterstattung in den Medien trafen schon im Vorfeld der Veranstaltung die ersten Anfragen auf der Internet-Plattform ein. Von der 20 Meter langen Mauer am Sportplatz über den Firmenbus bis zur Fan-Flagge gab es verschiedenste Flächen, die von Privatleuten, Institutionen und Firmen angeboten wurden. Diese Anfragen wurden an die Sprüher/innen weitervermittelt.

Derzeit wird eine automatisierte Abwicklung der Angebots- und Nachfragemails entwickelt, um den Aufwand für die ehrenamtlichen Betreiber der Homepage in Grenzen zu halten. Die Flächenbörse wird vermutlich ab Ende des Jahres voll funktionsfähig in Betrieb sein. Der Verein erhält für das Jahr 2003 € 5.000,- zum Ausbau der Flächenbörse im Saarland.

„Graffiti-Werkstatt“

Ausgehend von dem Gedanken der positiven Handlungsmöglichkeiten und der weitergehenden Entwicklung durch einen Sprüher/innen selbst, ist die Idee der Graffiti-Werkstatt entstanden. Ab Februar 2003 werden zehn Sprüher/innen an einem Projekt zur Vermarktung ihrer Werke ein Jugendzentrum als Basis nutzen. Ziele sind hier die Herstellung von Leinwänden, das Sprühen auf handelsüblichen Formaten sowie die Vorbereitung von Ausstellungen und Verkaufsauktionen.

Sprüher als Ansprechpartner/innen der Kommunen

Hatten bis 2001 noch vereinzelte Sprüher/innen den Weg in die Bezirks- bzw. Stadträte gesucht und nach Flächen nachgefragt, gibt es nun einen institutionalisierten Ansprechpartner sowohl für Sprüher/innen als auch für die Kommunen. Oft wurden die Jugendlichen auf die „Ochsentour“ durch die Gremien geschickt. Die Erfahrung der Graffiti-

ti-Szene, dass eine Bündelung von Interessen und Kräften in Vereinsform dazu befähigt, demokratische Prozesse einzuleiten, kann als Ermutigung zur Teilhabe an der Gesellschaft gesehen werden und den Glauben in die Politik wieder herstellen.

Die Bekämpfung des Phänomens Graffiti in Sicherheitsbeiräten ohne die Beteiligung der Szene bzw. der Jugendlichen ist zu einseitig und wird u. E. nicht die gewünschten Ziele erreichen.

Erste These: Erreichbarkeit der Szene

Durch die Legalisierung von Sprühflächen wird eine Jugendszene erstmals dauerhaft sichtbar und ansprechbar. Wenn man die Szene z.B. seitens der Polizei oder des Jugendamtes erreichen will, gibt es nun eine Anlaufstelle. Die Gesundheitsprävention im Bereich Graffiti war bisher ein kaum thematisierter Aspekt der Jugendarbeit.

Schon während der Veranstaltung gab es unzählige Begegnungen zwischen Bürger/innen und Sprüher/innen. Dies führte zu einem ersten Austausch der Szene mit der älteren Generation. Passant/innen blieben stehen und nahmen die Kunstfertigkeit der jungen Menschen wahr. Umgekehrt erfuhren die Jugendlichen ein Feedback auf ihr Handeln. Letztendlich führt der dauerhafte Austausch zwischen den Generationen auch zu einer höheren Sensibilisierung im Umgang mit der Problematik Graffiti.

Zweite These: Es findet eine „Ästhetisierung der Graffiti-Szene“ statt

Die ständige Wahrnehmung von besseren und aufwändigeren Bildern kann den Qualitätsanspruch und somit das Erscheinungsbild der Wand weiter fördern. Das schon vorhanden sein guter Bilder kann andere Sprüher/innen zu ähnlichen Arbeiten motivieren. Gut gesprühte Bilder werden in der Szene allgemein anerkannt und äußerst selten übermalt. Man kann davon ausgehen, dass diese Werke eine lange Lebensdauer haben und damit als Anschauungsbeispiel

dienen. Die Planung und Gestaltung einer Konzeptwand erfordert eine gewissenhafte Vorbereitung und Umsetzung.

Dritte These: Jede legal verbrauchte Sprühdose wird nicht in illegalen Bildern verwendet!

Die Gestaltung einer Konzeptwand erfordert den Einsatz von Material und damit von Geld. Konzeptwände beanspruchen oft viele unterschiedliche Farben. Es ist wesentlich kostenintensiver, sich an der Hall of Fame mit anderen zu messen, als ein- bis zweifarbige Schriftzüge nachts anzubringen.

Vierte These: Eine möglichst weitgehende Legalisierung von Flächen bedeutet noch lange nicht, dass illegales Sprühen aufhören wird!

Den Reiz des Illegalen kann eine solche Bereitstellung legaler Flächen nicht ersetzen. Es geht vielmehr darum, solchen Jugendlichen, die nicht oder nicht mehr illegal sprühen wollen, eine Handlungsalternative anzubieten. Eine rein auf Strafverfolgung ausgerichtete Vorgehensweise bei der Graffiti Problematik kann nicht die Antwort unserer Gesellschaft sein.

Neben dem Anwenden des Täter-Opfer-Ausgleichs bei Graffiti-Delikten von Jugendlichen muss eine umfassende Aufklärung an Schulen stattfinden. Mit dem Einzug der Graffiti-Kunst in die Kunsterziehung ist leider keine umfassende Aufklärung über die rechtlichen Folgen für Jugendliche einhergegangen.

Bei der Erstellung dieses Berichtes wurden Textpassagen aus der Konzeption „4560“ und des Antrages an den Fonds Soziokultur benutzt.

Verfasser der Konzeption „4560“ von Saargebeat e.V.: Marko Jung, Frederik Brockmeyer und Dirk Sold,

Verfasser des Antrages Fonds Soziokultur: Dr. Katja Kruse und Dirk Sold.

Bericht aus dem Workshop

Ausgehend von den Ausführungen von Herrn Sold wurde von Erfahrungen aus und mit der Hip-Hop-Szene auch aus Baden-Württemberg, Hessen, Bayern und Rheinland-Pfalz berichtet.

Die teils recht unterschiedlichen Betrachtungsweisen aus Sicht der mit den Jugendlichen in Verbindung stehenden Sozialarbeiter/innen, der Justiz, von Stadtplaner/innen und dem „Bürger an sich“ mündeten in einem regen Erfahrungsaustausch.

Eine Grundfrage bildete sich immer wieder ab:

Bilden legale Graffiti-Flächen (Hall of Fame) den Nährboden für (neue) Sprayer?

Die Expert/innen konnten diese Besorgnis klar verneinen.

Zusammenfassend ergab die Diskussion, dass eine wirksame Präventionsstrategie durch mehrere Aspekte gekennzeichnet ist:

- strafrechtliche Aufklärung (möglichst frühzeitig, z.B. in Schulen)
- Anwendung des Täter-Opfer-Ausgleichs bei Verschmutzungen/Sachbeschädigungen
- gesundheitliche Aufklärung
- Schaffung legaler Flächen, nicht zuletzt um ein Forum zu haben ...
- um Teilhabe zu organisieren
- und um die Szene vor gesellschaftlichen Überreaktionen zu schützen: was ist noch Verschmutzung, ab wann ist es Sachbeschädigung?

Bericht aus dem Workshop

Projektvorstellung des Modellprojektes „Cool statt gewalttätig“

„Mini-Coolness-Training“ in Stadtteilen im Saarland, Projekte meist an Schulen

- Inhalte: Krisenintervention, Verhaltenstraining, Sensibilisierung, Prävention, Fortbildungen, Trainingskurse auch für Multiplikator/innen
- Finanzierungsmöglichkeiten im Stadtteil durch E&C, KuQ, Verfügungsfonds, Quartiersmanagement
- Im Vorfeld kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit und Präsentationen notwendig
- in Stadtteilrunden, -konferenzen, in Verwaltung, in Schulkonferenzen

Diskussion im Plenum

Die rege Diskussion innerhalb der Arbeitsgruppe fokussierte vier Fragestellungen:

- Für welche Zielgruppen ist das Konzept geeignet und modifizierbar? Dabei wurde deutlich, dass für die zu bearbeitenden Themen, die im Blickpunkt eines „Coolness-Trainings“ stehen, eine geschützte Gruppensituation notwendig ist.
- Zur Frage der Vernetzung im Stadtteil/Sozialraum wurde explizit benannt, dass das Thema Gewalt/-prävention dazu dienen kann, sowohl die Akteure des Stadtteils an einen Tisch zu holen und ihre Angebote und Strategien zu vernetzen als auch die beteiligten Bewohner/innen zu aktivieren, sich gemeinsam für Lösungen der Frage von Gewalt im Stadtteil einzusetzen.
- Dabei sind räumliche Gegebenheiten innerhalb des Stadtteils/Sozialraums ebenso zu berücksichtigen, wie auch die Situation für Jugendliche bzgl. ihrer Unterstützungs-, Beratungs- und Aufenthaltsmöglichkeiten, also personelle und räumliche Ressourcen.
- Als drittes Thema beschäftigte sich die Arbeitsgruppe mit Konzepten zur Projektförderung/Finanzierung. Dabei führen „viele Wege nach Rom“, will heißen, dass sich sowohl Projekte aus der Programmlinie E&C (KuQ, FSTJ u.a.) fördern lassen, als auch investive und nicht-investive Fördergelder des Programms Soziale Stadt beantragt werden

können. Als ein Beispiel wurde der sogenannte Verfügungsfonds angeführt. Dieser wird von Bürger/innen aus dem Stadtteil verwaltet, steht jedoch bisher noch nicht in allen E&C-Stadtteilen zur Verfügung.

Einen wichtigen Diskussionspunkt stellte gegen Ende die Begleitforschung dar: Um Qualitätssicherung und Ergebnissicherung bei Modellvorhaben zu gewährleisten, wird eine effiziente Begleitforschung für unerlässlich gehalten, zudem kann mit ihren Ergebnissen flankierend Öffentlichkeitsarbeit betrieben werden.

Im Vorfeld und während eines Modellvorhabens kann die Öffentlichkeitsarbeit weiterhin zur Vernetzung mit Kooperationspartnerinnen und der Transparenz gegenüber Finanziers und Akteur/innen dienen.

Liste der Teilnehmer/innen der 4. Regionalkonferenz Süd/Süd-West

Name	Institution	Adresse	Fon & Fax	Email
Stefan Böhm-Ott		Am alten Hof 1, 61440 Oberursel	06172304936 06172969134	boehm-ott@soz.uni-frankfurt.de
Gisela Zwigart-Hayer		An der Oberhecke 38, 55270 Sörngenloch	061366405	zwigart@gmx.de
Gmeiner	AG-West e. V. Ulm	Sedanstr. 67, 89077 Ulm	073136490 073136490	maria.gmeiner@agwest.telebus
Christian Barufke	AGBS e. V.	Hermstr. 16, 63065 Offenbach	06924448855 06924448856	AGBSEV@web.de
Maja Röggen	AGBS e. V.	Hermstr. 16, 63065 Offenbach	06924448855 06924448856	stadtteilbuero-ogg-ro@t-online.de
Reinhold Buhr	Amtsgericht Bruchsal	Schönbornstr. 18, 76645 Bruchsal	07251742515	
Harald Conrad	Arbeiterwohlfahrt, Verbund Homburg	Moselstr. 8, 66424 Homburg	0684196030 06841960322	
Heike Seupel	Arbeitsförderungsbetriebe GmbH	Daimlerstr. 8, 76185 Karlsruhe	0721755160	
Diedrich Schroeder	BADENIA	Badeniaplatz 1, 76114 Karlsruhe		
Clemens Mellentin	Bauhaus Werkstätten Wiesbaden, Lokales Qualifizierungsbüro	Hermannstr. 11, 65183 Wiesbaden	06114118760 061141187629	lqb-westend@bauhaus-wiesbaden.de
Gerhard Schulz	Deutsche Sportjugend (dsj) im Deutschen Sportbund (DSB) e. V.	Otto-Fleck-Schneise 12, 60528 Frankfurt/a. M.	0696700331 06967001331	schulz@dsj.de
Dr. Hanna Permien	Deutsches Jugendinstitut e. V.	Nockherstr. 2, 81541 München	08962306225	
Heike Morbach	Diakonisches Werk a. d. Saar	Pavillonstr. 39, 66740 Saarlouis	068314881173 068314895085	tagwek-sls@dwsaar.de
Jürgen Pabst	Diakonisches Werk a.d. Saar	Saaritzstr. 15, 66333 Völklingen	0689828090 06898280890	soz-stadt-vk@dwsaar.de
Bernd Willms	Diakonisches Werk a.d. Saar	Pavillonstr. 39, 66740 Saarlouis	068314881173 068314895085	tagwek-sls@dwsaar.de

Heribert Rhoden	Diözesan-CV-Trier	Sichelstr. 10, 54290 Trier	06519493241 06519493294	rhoden-h@caritas-trier.de
Frank Schuppener	Gemeinde Illingen, S4-Jugend	Hauptstr. 86, 66557 Illingen	06825409159 06825409109	jugendbeauftragter@illingen.de
Albert Ottenbreit	GemeinWesenArbeit Sulzbach	Grubenstr. 9, 66280 Sulzbach	06897841066	caritas-gwa-sulzbach@gmx.de
Karla Raubach	Haus für Jugend- und Familienhilfe	Friesenstr. 9, 67547 Worms	0624120430 06241204320	
Axel Sasitzki	Haus für Jugend- und Familienhilfe	Fiesenstr. 9, 67547 Worms	0624120430 06241204320	
Christiane Zeidler	haus für Jugend- und Familienhilfe	Friesenstr. 9, 67547 Worms	0624120430 06241204320	
Claudia Weisbart	Hessisches Ministerium der Justiz, Landespräventionsrat Hessen	Luisenstr. 13, 65185 Wiesbaden		
Eric Braun	HMDJ Wiesbaden	Luisenstr. 13, 66185 Wiesbaden	0611322837 0611322868	Eric.braun@hmdj.hessen.de
Axel Basiri	Internationaler Bund (IB) Bad Kreuz- nach	Mannheimer Str. 206, 55543 Bad Kreuznach	067174085 067176266	Axel.ghaneBasiri@internationaler- bund.de
Petra Klingsporn	Internationaler Bund (IB)	Hebbelstr. 2, 55127 Mainz	0613171293	
Christof Stock	Internationaler Bund (IB)	Bahnhofstr. 26A, 35037 Marburg	06421681889 06421681563	christof.stock@internationaler-bund.de
Marcus Gundlach	Jugendclub Kranichstein, R.O.P.E.	Jägertorstr. 179, 64289 Darm- stadt	0615177416	Salzmann@jugendklub-kranichstein.de
Gisela Ehrmann	Jugendkunstschule Karlsruhe und Ge- meinschaftszentrum "Weiße Rose"	Otto-Wehr-Str. 31, 76189 Karls- ruhe	07211335650	
Schönfelder	Jugendkunstschule Karlsruhe und Ge- meinschaftszentrum "Weiße Rose"	Otto-Wehr-Str. 31, 76189 Karls- ruhe	07211335650	
Kerry Dupont	Jugendsozialarbeit St. Peter, Koblenz	Im Kreuzchen 74, 56070 Kob- lenz	026183110	
Manfred Steindorfner	Justizministerium des Landes Baden- Württemberg	Schillerplatz 4, 707 Stuttgart	07112790	
Prof. Dr. Reiner Feth	Kath. Fachhochschule für Soziale Ar- beit	Rastpfuhe 12a, 66113 Saarbrü- cken		

Michael Fritz	Koordinierungsstelle Stadtsanierung	Zähringer Str. 72, 76133 Karlsruhe	07211331840 07211331839	Michael.Fritz@kos.karlsruhe.de
Angela Lüken	LAG Frankfurt/a.M.	Moselstr. 25, 60329 Frankfurt/a.M.	0692578280	
Jochen Partsch	LAG Soziale Brennpunkte Hessen e. V.	Moselstr. 25, 60329 Frankfurt/a.M.	06925782831 06925782855	LAGSB@aol.com
Reinhard Thies	LAG Soziale Brennpunkte Hessen e. V.	Moselstr. 25, 60329 Frankfurt/a.M.	06925782811 06925782855	LAGSB@aol.com
Thomas Witzel	LAG Soziale Brennpunkte Hessen e. V.	Moselstr. 25, 60329 Karlsruhe	0692578280 06925782855	lagsb@aol.com
Manfred Dorfner	Landespolizeiinspektion Stuttgart	Hannemannstr. 1, 70191 Stuttgart-Bad Cannstadt		
Margit Gerstner	Landeswohlfahrtsverband Baden	Ernst-Frey-Str. 9, 76135 Karlsruhe	07218107324 07218107475	lja@lwv-baden.de
Volker Weyel	Landkreis Merzig-Wadern, Kreisjugendamt	Bahnhofstr. 44, 66663 Merzig	0686180165 0686180335	
Regina Schmidt-Kühner	MdL	Koblenzerstr. 17, 76114 Karlsruhe		
Gerda Zeuss	Ökozentrum	Hessestr. 4, 90443 Nürnberg	0911288220 0911288226	oekozentrum.nuernberg@t-online.de
Walter Münzenberger	Ökumenische Förderung Ludwigshafen	Hinkelgasse 26, 67069 Ludwigshafen		
Frank Weingärtner	Polizeipräsidium Karlsruhe	Beiertheimer Allee 16, 76137 Karlsruhe	07219395040 07219395036	
Ursula Kirchner	Regierung von Unterfranken	Peterplatz 9, 97770 Würzburg	09313801440 09313802440	
Eckhard Barth	Sozialer Dienst Karlsruhe	Röntgenstr. 8, 76133 Karlsruhe	07211335300 07211335389	sodi@sjb.karlsruhe.de
Daniela Bauer	Stadt Fulda, Sozial- und Jugendbehörde	Bonifatiusplatz 1-3, 36037 Fulda		
Helmut Guntrum	Stadt Fulda, Amt für Jugend und Familie	Bonifatiusplatz 1/3, 36037 Fulda	06611021939	helmut.guntrum@fulda.de

Uwe Buchholz	Stadt Karlsruhe, Jugendamt, Straßensozialarbeit	Helmholtzstr. 1, 76133 Karlsruhe	07211335148 07211335009	
Dominique Gromann-Geitz	Stadt Karlsruhe	Kaiserallee 4, 76133 Karlsruhe	07211335024	dominique.gromann-geitz@sjb.karlsruhe.de
Martin Lenz	Stadt Karlsruhe, Sozial- und Jugendbehörde	Kaiserallee 4, 76133 Karlsruhe	07211335028 07211335009	martin.lenz@sjb.karlsruhe.de
Bettina Leßle	Stadt Karlsruhe, Dezernat 6	76124 Karlsruhe	07211331063 07211331069	bettina.lessl@dez6.karlsruhe.de
Josef Seekircher	Stadt Karlsruhe, Sozialamt/Jugendamt, Amtsleiter	Kaiserallee 4, 76124 Karlsruhe	07211335001 07211335009	sjb@karlsruhe.de
Peter Stieglbauer	Stadt Karlsruhe, Rathaus West, Sozial- und Jugendbereich	76133 Karlsruhe	07211335410 07211335009	peter.stieglbauer@sjb.karlsruhe.de
Annelie Weber	Stadt Karlsruhe, Stadträtin	Bernhard-Lichtenberg-Straße, 76189 Karlsruhe	0721862448	
Harald Denecken	Stadt Karlsruhe, Bürgermeister	Lammstr. 7, 76124 Karlsruhe	07211330	
Jochen Winzenburg	Stadt Kassel, Jugendamt	PF 102660, 34112 Kassel	05617875120 05617875102	
Heiner Rohrwieck	Stadt Ludwigshafen, Stadtverwaltung	Comeniusstr. 20, 67071 Ludwigshafen	06216719794	sozialestadt.ro-ogg@t-online.de
Bettina Sinn	Stadt Ludwigshafen am Rhein, Bürgertreff West	Valentin-Bauer-Str. 21, 67059 Ludwigshafen	06215299295 06215299297	buergertreff-west@t-online.de
Bernd Kammerer	Stadt Nürnberg, Jugendamt	Dietzstr. 4, 90443 Nürnberg		
Meike Ewers-Kreuter	Stadt Saarbrücken, Stadtteilbüro Brebach	Saarbrücker Str. 64, 66130 Saarbrücken	06818763890 06818763889	meike-ewers-kreuter@saarbruecken.de
Erika Mühlen	Stadt Saarbrücken, Stadtplanungsamt, Projektgebiet Brebach	Bahnhofstr. 31, 66111 Saarbrücken	06819054015 06819054015	erika.muehlen@saarbruecken.de
Dirk Sold	Stadt Saarbrücken, Jugendamt, Abt. 51/5	Heudukstr. 1, 66117 Saarbrücken		
Ralf Weber	Stadt Saarlouis, Kreisjugendamt	Prof.-Notton-Str. 2, 66740 Saarlouis		

Gabriele Joanni	Stadt Ulm - FB Jugend, Familie und Soziales, Sozialplanung und Bürger-schaftliches Engagement - Jugendhil-feplanung	Schwambergerstr. 1, 89070 Ulm	07311615115 07311611638	g.joanni@ulm.de
Marion Bradl	Stadtteilbüro, QM-Team Bayreuth	St. Georgen 54, Bayreuth		
Heike Bülter	Stadtteilbüro Hattersheim	Pregelstr. 1 A, 65795 Hatters-heim	06190935818 06190935820	
Ute Schmidt	Stadtteilbüro Langen-Nordend	Elisabethenstr. 55, 63225 Langen	06103202984 06103202986	stadtteilbuero-langen-nordend@internationaler-bund.de
Bülent Ekiz	Stadtteilladen, Quartiersmanagment	Bismarckring 41, 65183 Wies-baden	06114508357 06114508359	sms-wiesbaden@t-online.de
Michael Friedrich	Stadtteilprojekt Limburg-Nord	In der Schwarzerde 13, 65549 Limburg	06431284435	
Dr. Katja Kruse	Stadtverband Saarbrücken	Postfach 103055, 66119 Saarbrücken	06815065139 06815065195	katja.kruse@svbr.de
Christine Henn	VAUST, Verein für Anti-Gewalt & sozi-ales Training	Phillipsbergstr. 30, 65195 Wiesbaden	061159203 06115900607	

Vierte Regionalkonferenz der Region Süd / Südwest
für E&C-Akteure und Interessierte der Bundesländer
Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland

Entwicklung – Chancen – Prävention
Kooperative Jugendhilfe in Sozialen Brennpunkten
zur Verhinderung von Kriminalität und Gewalt

Regionalkonferenz

15. November 2002 in Karlsruhe

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) will mit dem Programm „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E&C) die Rolle der sozialräumlich orientierten Kinder- und Jugendhilfe in Gebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf („Die Soziale Stadt“) stärken.

Die Programme „E&C“ und „Die Soziale Stadt“ zielen auf die Vernetzung unterschiedlicher Akteure aus Quartieren, Kommunen und Landesebenen.

Auf Regionalkonferenzen sollen die an der Umsetzung der Programme Mitwirkenden mit verschiedenen Kompetenzen und Zuständigkeiten zusammengeführt werden.

Die vierte Regionalkonferenz ist in enger Kooperation mit Schlüsselpersonen aus den süd- und südwestdeutschen Bundesländern, die auf verschiedenen Ebenen und in relevanten Politikfeldern die Bedeutung der Jugendhilfe für eine nachhaltige Stadtteilentwicklung in E&C-Gebieten unterstützen und fördern, vorbereitet worden. Die Konferenz in Karlsruhe will die Beiträge der Jugendhilfe zur Kriminalitäts- und Gewaltprävention in diesen Stadtgebieten darstellen und weiterentwickeln. Insbesondere soll herausgearbeitet werden, wie die Initiativen der Jugendhilfe unter diesem Gesichtspunkt in lokalen Aktionsplänen wirksam werden.

Unter anderen werden daher folgende Jugendhilfeansätze näher betrachtet:

- Präventionsstrategien
- Mediation von Nachbarschaftskonflikten
- Erlebnispädagogik

Länderspezifische und lokale Praxisprojekte sollen auf ihre Wirkung und Übertragbarkeit für andere Regionen überprüft werden. Dies dient auch dazu, die E&C-Programmlinie fort zu entwickeln.

Die Regionalkonferenz richtet sich an:

- Akteure der freien und öffentlichen Jugendhilfe
- Akteure des interdisziplinären Stadtteilmanagements
- Beteiligte bei der Gestaltung der Programme E&C und Soziale Stadt

Termin:

15. November 2002

Veranstaltungsort:

BADENIA Hauptverwaltung | 76114 Karlsruhe
Badeniaplatz 1 | Tel: 0 72 21. 99 5-0

Anfahrt:

ÖPNV: Vom Hauptbahnhof Karlsruhe mit der S-Bahn (Richtung Oberreut) bis Station „Badeniaplatz“
PKW: Autobahn A5: über BAB-Anschlußstelle Karlsruhe-Süd in Richtung Stadtmitte bis Ausfahrt Badeniaplatz, Parkplätze und Tiefgarage über Kleinoberfeldstrasse erreichbar.

Veranstalter:

Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V.
Moselstrasse 25 | 60329 Frankfurt/Main
Tel: 069. 25 78 28-0 | Fax 069. 25 78 28-55
eMail: LAGSB@aol.com

Die KonferenzteilnehmerInnen werden aufgefordert die Möglichkeit zu nutzen, im Rahmen des „Marktes“ auf der Konferenz ihre Projekte vorzustellen und über diese zu informieren.



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Eine Veranstaltung der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V. im Auftrag der Regiestelle E&C der Stiftung SPI.

Anmeldung:

bitte in einem Fensterbriefumschlag schicken an:

LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V.
Moselstrasse 25
60329 Frankfurt/Main

Ein Teilnahmebeitrag für die Tagung wird nicht erhoben. Die Reise- und ggf. Übernachtungskosten müssen Sie bitte selbst tragen.

Bitte melden Sie sich bis zum **8. November 2002** mit der umseitigen Anmeldung verbindlich an:

per Fax: **069. 25 78 28-55**
oder per Post an nebenstehende Adresse
oder per eMail an: LAGSB@aol.com

Freitag, 15. November 2002

ab 9.00 Marktaufbau: Lokale Präsentationen

ab 9.30 Begrüßungskaffee

10.00 Grußworte

Dietrich Schroeder, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bausparkasse Badenia
Bürgermeister Harald Denecken, Dezernent für Soziales, Jugend, Sport, Schule, Migrationsfragen, Stadt Karlsruhe
Ministerialdirektor Michael Steindorfner, Justizministerium Baden-Württemberg, Stuttgart

10.20 Podium und Plenum: Statements und Diskussion

Entwicklung – Chancen – Prävention: der Beitrag von E&C

Peter Kupferschmid, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

Lokale Präventionskonzepte und Kooperationen zur Jugendhilfe im Stadtteil

Volker Weyel, Wissenschaftsstadt Darmstadt, Fachstelle für Suchtprävention

Der Umgang von Familien mit Kinder- und Jugenddelinquenz – Welche Unterstützung brauchen sie von der Jugendhilfe?

Dr. Hanna Permien, Deutsches Jugendinstitut e.V., Abteilung Jugend und Jugendhilfe

Moderation: Reinhard Thies, LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V.

12.00 Mittagspause

- Essen
Kunst am Rande der Stadt, Kurze Darstellung des E&C-Projektes, Frau Rochelle, Kinderkunstschule Karlsruhe
Stadtteilrundgang Karlsruhe-Oberreut

13.30 Themenforen zu:

- Präventionsstrategien
Mediation von Nachbarschaftskonflikten
Erlebnispädagogik
Kooperationen

mit lokalen Praxisbeispielen:

Verein für Jugendhilfe, Karlsruhe: Lokaler Täter-Opfer-Ausgleich, Diversionsverfahren, Soziale Trainingskurse
Reinhold Buhr, Direktor des Amtsgerichts, Vorsitzender des Vereins

Modellprojekt Cool statt gewalttätig, Homburg:

Gemeinwesenorientierte, vernetzte gewaltpräventive Arbeit – von der Kindergartenarbeit bis zum Antigewalttraining mit Mehrfachgewalttätern
Harald Conrad, Projektleitung, AWO-Verbund Sozialpädagogischer Einrichtungen

Modellprojekt Haus des Jugendrechts, Stuttgart-Bad Cannstadt:

Stadtteilorientierte Kooperation von Jugendamt, Polizei, Staatsanwaltschaft und Amtsgericht
Kriminaloberrat Manfred Dorfner, Landespolizeidirektion Stuttgart II, Geschäftsführer des Projektes

SPACE, Saarbrücken: Entkriminalisierungsstrategien in Kooperation mit der HIPHOP-Szene

Dirk Sold, Jugendamt Stadtverband Saarbrücken

15.00 Kaffee

15.15 Abschlussplenum

Lokale Partnerschaften zur Gewalt- und Konfliktprävention

Mit Beiträgen von Vertreterinnen und Vertretern der Öffentlichen und Freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe, Justiz und Polizei, Unternehmen und Sponsoren

Moderation: Reinhard Thies, LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V.

16.00 Abschlussworte

Hartmut Brocke, Stiftung SPI

bitte Anmeldung hier abtrennen und absenden oder faxen an 069. 25 78 28-55 oder eMail an LAGSB@aol.com

Anmeldung

4. Regionalkonferenz E&C der Region Südwest
Termin: 15. November 2002, 10.00 bis 16.00 Uhr
Veranstaltungsort: BADENIA Hauptverwaltung | Badeniaplatz 1 76114 Karlsruhe

Name:
Vorname:
Institution:
Strasse:
PLZ Ort:
Telefon:
Fax:
eMail:

Ich melde mich hiermit verbindlich zu dieser Veranstaltung an.

Datum, Unterschrift: